

Kompromiss als Stärke

Was die Sozialpartnerschaft
für Österreich leistet

IM GESPRÄCH

Christine Bachofner
über Teamwork
und Erfolg

BUDGETPOLITIK

Gute Lohnabschlüsse
verringern das
Budgetdefizit

DASEINSVORSORGE

Wien wird
immer
effizienter

FÖRDERUNGEN

Die Sonne
schickt keine
Rechnung

Inhalt

teamwork 02 | 2025



POLITIK & GEWERKSCHAFT

- 04 Thema:** Verlässlichkeit und Teamwork als Erfolgsgeheimnis
- 07 Meinung:** Es ist an der Zeit, zu liefern!
- 08 Im Gespräch:** „Ohne gute Lohnabschlüsse wäre das Budgetdefizit wesentlich höher!“
- 10 Thema:** Sozialpartnerschaft: Den Kompromiss als Stärke begreifen
- 12 Dienststellen:** Reinigungsfirmen entlasten Kindergärten
- 14 Dienststellen:** Sonnenstrom-Ausbau in Wien auf Höchststand
- 15 Dienststellen:** Wien ist effizienter geworden
- 16 Inklusion:** Gemeinsam wird's noch vielfältiger
- 18 Frauen:** Politisches Bekenntnis zum Feminismus
- 19 Fragen & Antworten:** Erholungsurlaub trotz Krankenstand – was ist zu beachten?
- 20 Querräuber:** „Sepp, was machst du?“

GEWERKSCHAFT

- 22 Dienststellen:** Wiener Kinder- und Jugendhilfe als Stütze der Pflegefamilien
- 24 Dienststellen:** 1450 statt 144 wählen: Jede Sekunde kann Leben retten
- 25 Dienststellen:** Pilotprojekt „School Nurses“

GEDANKEN

- 26 Meinung:** Herzliche Urlaubskrise

SERIE

- 27 Jugend:** „Wählen statt sudern“
- 28 Klima:** Kühlende Ideen für den Sommer
- 29 Europa:** Europa in der Wohnkrise: Soziales Grundrecht unter Druck

GESUND & LEBEN

- 30 HERA:** Krebsvorsorge durch HPV-Impfung für Frauen und Männer
- 31 KFA:** Programm 50+ Fit: Gesund und aktiv in Alltag und Beruf



SERVICE

- 32 KSV:** Padeltennis und Volleyballspielen – auch im Finstern
- 33 Personelles**
- 34 In Zahlen:** Wer bezahlt?
- 35 Echt gut! Echt böse!**
Meinung: Das leistungsfeindliche Steuersystem

VIELSEITIGER MAGISTRAT

- 36 MA 40 – Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht:** Mehr als Mindestsicherung

Liebe Leserin, lieber Leser,

HG 1-SERVICE & RASCHE INFO

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Bildung, Internationale Vertretung und Jugend

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Mitgliederservice

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

**Nähere Informationen entnehmen Sie
bitte unserer Homepage www.hg1.at**

vor dem Start in den Sommer hat unsere Redaktion noch einmal eine geballte Ladung an Informationen und Denkanstöße zusammengestellt. Wir berichten Neues aus der **Wiener Stadtverwaltung** und beleuchten außerdem einige Grundsätzlichkeiten, an die zu erinnern wichtig ist, gerade weil sie uns so selbstverständlich erscheinen. Bei genauer Betrachtung sind sie es eben nicht, wie der Blick in weite Teile der Welt zeigt.

Das Recht zu wählen ist eines dieser Beispiele. Dr.ⁱⁿ Christine Bachofner hat in den vergangenen Jahrzehnten als **Leiterin der MA 62** dafür gesorgt, dass die **Wahlen in Wien** immer problemlos über die Bühne gegangen sind. Im Interview berichtet sie, dass Erfolg die Folge harter Arbeit und eines außerordentlichen Teamgeists ist. Mehr dazu ab Seite 4.

Eine weitere Grundsätzlichkeit ist die **Sozialpartnerschaft**, die in so manchen kurzsichtigen politischen Statements in Misskredit gezogen wird. Zu Unrecht: Denn tatsächlich ist Sozialpartnerschaft ein **wichtiger Pfeiler unserer Demokratie** und wesentlicher Bestandteil der Standortqualität in Wien. Mehr dazu ab Seite 10 und im Interview mit der ÖGB-Chefökonomin und der Vizepräsidentin des Fiskalrats, Dr.ⁱⁿ Helene Schuberth ab Seite 8

Welchen Unterschied es macht, dass es jetzt wieder ein **Frauenministerium** gibt, stellen wir auf Seite 18 dar und schließlich beleuchten wir den anstehenden Sommer aus unterschiedlichen Perspektiven – aus dem Blickwinkel der **Photovoltaik-Ziele**, die sich die Stadt Wien gesetzt hat (Seite 14), aus der Perspektive des Stadtgartenamts und des Klimaschutzes (Seite 16).

Apropos **Schutz**: Auf Seite 24 erfahren Sie, weshalb 1450 eine Nummer ist, die man sich im Handy abspeichern soll.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer! 



Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: **IMPRESSUM MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND VERLEGER:** FSG in der younion – Die Daseinsgewerkschaft – Landesgruppe Wien – Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, Tel.: 01-4000 83710, DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 788 81 85 12 **VORSITZENDER:** Manfred Obermüller **STV:** Margit Pollak, Kurt Mrzena-Merdinger **REDAKTIONSKOMITEE:** Phillip Böcskör, Regina Müller, Kurt Mrzena-Merdinger, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Bernhard Radl, Astrid Schlesier, Michael Witzmann **CHEFREDAKTION:** Karin Zauner-Lohmeyer **LAYOUT:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien **ERSCHEINUNGSORT:** Wien **ERSCHEINUNGSART:** mindestens vier Mal jährlich **HERSTELLER:** Print Alliance HAV Produktions GmbH **UZZ24:** produziert gemäß Richtlinie Uz24 des Österreichischen Umweltzeichens, Print Alliance HAV Produktions GmbH, UW-Nr. 715 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **COVERFOTO:** Adobe Stock / N Hiranman / peopleimages.com



Verlässlichkeit und Teamwork als Erfolgsgeheimnis

Warum die Wahlen in Wien so reibungslos ablaufen und was es braucht, um eine Abteilung erfolgreich zu führen, erklärt Dr.ⁱⁿ Christine Bachofner, die nach 23 Jahren an der Spitze der MA 62 in den Ruhestand geht.

von
Karin Zauner-Lohmeyer
 Chefredakteurin
 teamwork

Wenn man sich im Magistrat umhört, dann gewinnt man den Eindruck, dass Sie regelrecht eine Institution sind. Was hat Sie 1985 dazu bewogen, in den Dienst der Stadt einzutreten?

Bachofner : Ich erinnere mich gut, denn der öffentliche Dienst ist in den Genen: Mein Vater war Polizist und meine Mutter Krankenschwester. Sie hat es bis zur Pflegedirektorin im Allgemeinen Krankenhaus gebracht. Somit war ich mit der Stadt Wien immer sehr verbunden. Ich habe auch während meines Studiums bereits bei der Stadt gearbeitet.

Welchen Mehrwert hat das Arbeiten für die Stadt aus Ihrer Perspektive?

Das vielfältige Angebot an Leistungen und die vielfältige Auswahl der Aufgaben. Begonnen habe ich als Juristin im Bezirksamt – im täglichen Bürger*innenkontakt. Anschließend war ich Berufungsreferentin in einer Rechtsabteilung, nämlich der Gewerbeabteilung (MA 63). Die nächste Station war die Magistratsdirektion – Organisation. Es gab dort immer neue spannende Projekte – etwa den Beginn der Parkraumbewirtschaftung 1993 im ersten Bezirk. Später war ich dann im Verfassungsdienst und wurde dort auch stellvertretende Leiterin. Schließlich hat mich Frau amtsführende Stadträtin Mag.^a Renate Brauner eingeladen, die Leitung der MA 62 zu übernehmen. Das war vor 23 Jahren. Ich kenne keinen Arbeitgeber, wo man als Juristin so vielfältige Aufgaben hat.

Für viele ist es selbstverständlich, dass die Wahlen reibungslos ablaufen.

Wie sieht das Erfolgsgeheimnis dafür aus?
 Verlässlichkeit und Teamwork. Das ist unser Erfolgsgeheimnis! Es ist wesentlich, dass man sich aufeinander verlassen kann. Man muss ein*e Teamplayer*in sein, weil es immer viele Neuerungen gibt – wie bei den letzten Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen: Da haben wir das erste Mal am Wahlabend die Briefwahlstimmen in den Sprengelwahlbehörden ausgezählt. Die erforderliche Gemeindevahlordnungsnovelle, eine sehr große Novelle, hat unser Legistikexperte, Herr Senatsrat Mag. Christian Ruzicka, MBA, im Jänner über Nacht geschrieben, als wir von der Vorverlegung der Wien-Wahl erfahren haben. Diese Novelle wurde vom Wiener Landtag einstimmig beschlossen.

Wenn Sie zurückblicken: Was waren in den 23 Jahren als MA 62-Dienststellenleiterin ganz besondere Herausforderungen?

Die gab's gleich zu Beginn. Im Februar 2002 bin ich gekommen und im März haben wir von der

Polizei das Meldewesen übernommen und das elektronische zentrale Melderegister ist gleichzeitig in den Echtbetrieb gegangen. Vorher gab es bei der Polizei Meldezettel mit Papierdurchschlägen und Stempel. Die Vorgabe der Politik für die MA 62 war, kein Personal vom Bund für das Meldewesen zu übernehmen. Gleichzeitig sollte ein fließender Übergang weitergehen. Die Bürger*innen sind am nächsten Tag nicht mehr zur Polizei, sondern zur MA 62 und zu den Magistratischen Bezirksämtern gekommen. Die MA 62 und die Magistratischen Bezirksämter haben die neue Aufgabe (ca. 500.000 Meldekontakte pro Jahr) problemlos bewältigt. Ein Jahr später funktionierte die Übernahme der Passangelegenheiten durch die MA 62 und die Magistratischen Bezirksämter von der Polizei ebenso gut. In Wien stellen wir im Schnitt ca. 100.000 Reisepässe pro Jahr aus.



Ich kenne keinen Arbeitgeber, wo man als Juristin so vielfältige Aufgaben hat.

Christine Bachofner

In einigen Staaten besteht die Tendenz, Wahlen elektronisch abzuwickeln. Gibt es solche Überlegungen auch in Wien?

Wien alleine kann E-Voting nicht einführen, sondern man bräuchte dafür eine Änderung der Bundesverfassung mit Zwei-Drittel-Mehrheit. EDV-Systeme und Applikationen können bekanntlich gehackt werden. Als man E-Voting bei einer ÖH-Wahl versucht hat, gab es eine Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof. Dabei haben die Höchstrichter*innen klar gesagt: Die Wahlbehörden müssen die Richtigkeit des Wahlergebnisses kontrollieren können, ohne vollkommen von IT-Expert*innen abhängig zu sein.

Gibt es Dinge oder auch Städte oder Länder, wo man sich noch etwas anschauen könnte?

Schwierige Frage. Es gibt immer wieder Delegationen, die sich unsere Dienstleistungen, insbesondere unser Wahlservice, anschauen. Wir werden oft gefragt, wie wir die Briefwahl und barrierefreies Wählen anbieten, Pflegestationen servizieren oder wie wir Auslandsösterreicher*innen betreuen. Besondere Herausforderungen gab es im Jahr 2020 bei den



Kurt Mrzena-Merdinger, Vorsitzender-Stellvertreter der Hauptgruppe 1, und Karin Zauner-Lohmeyer, Chefredakteurin teamwork, im Gespräch mit Christine Bachofner



Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen zur Corona-Zeit. Wir haben diese Wahl 2020 mit allen Schutzmaßnahmen durchgeführt, ohne dass die Zahl der Infektionen gestiegen ist.

Wie hat die MA 62 das geschafft?

Ein Wahlsonntag mit Schutzanzügen, Desinfektionsmitteln und Hausbesuchen in Spitälern und Wohnungen. Es gab medizinische Beratungen, wie wir desinfizieren müssen. Wir haben eine hohe Summe für Schutzwände aus Plexiglas in den Wahllokalen ausgegeben. Wir haben es geschafft, dass bei Einhaltung der Schutzmaßnahmen alle wahlberechtigten Personen ihr Stimmrecht wahrnehmen konnten. Es ist zu keinem Anstieg an Neuinfektionen gekommen.

Was sind für die MA 62 Zukunftsherausforderungen?

Wir sind die Geschäftsstelle des Wiener Unabhängigen Parteienprüfsenats nach dem Wiener Parteiengesetz. Dieser Senat prüft insbesondere, ob die wahlwerbenden Parteien bei Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen die gesetzliche Obergrenze für die Kosten der Wahlwerbung eingehalten haben. Die in der MA 62 eingerichtete Geschäftsstelle leistet juristische Vorbereitungsarbeit für die Mitglieder dieses Senats.

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit der Personalvertretung und den Gewerkschaften erlebt?
Sehr gut. Wir haben bis heute gut zusammengearbeitet. Es ist uns gemeinsam gelungen, auch bei der hohen Belastung während der Durchführung von Wahlen die Motivation der Mitarbeiter*innen zu unterstützen.

Welche Eigenschaften braucht es, um an der Spitze der MA 62 zu stehen?

Ein*e gute*r, verlässliche*r Jurist*in muss man sein und ein*e Teamplayer*in. Das wichtigste Führungsinstrument ist das eigene Beispiel. Auch wenn es immer wieder neue Managementansätze und Methoden gibt, ist für mich das Wichtigste, ein Vorbild zu sein.

Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger bzw. Ihrer Nachfolgerin?

Freude an der Arbeit, Durchhaltevermögen, und ein bisschen Glück braucht man auch. ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Dr.ⁱⁿ Christine Bachofner ist Juristin und trat 1985 in den Dienst der Stadt Wien. Sie war in der MA 63 Leiterin eines Berufungsreferats in administrativen Gewerbeangelegenheiten und in Verwaltungsstrafverfahren, bevor sie 1993 in die Magistratsdirektion wechselte. Seit 1995 arbeitete sie im Verfassungsdienst, wo sie Dezernatsleiterin und Stellvertreterin des Dienststellenleiters war. Von Februar 2002 bis Mai 2025 war sie Leiterin der MA 62 – Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten.

Es ist an der Zeit, zu liefern!

Fünf Jahre NEOS in der Wiener Stadtregierung. Verantwortung ist aber mehr als Ankündigungs-politik und PR-Show.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Rund 80 leere schwarze und weiße Aktenordner stehen fein säuberlich nebeneinander. Dahinter sitzen NEOS-Bildungsminister Christoph Wiederkehr und NEOS-Vizebürgermeisterin Bettina Emmerling und geben ein paar Tage vor der Wien-Wahl eine Pressekonferenz zum Thema Bildung. Politik sei keine Show, sondern ehrliche Arbeit, sagt Emmerling. Es folgt eine Auflistung an NEOS-Erfolgen der vergangenen Legislaturperiode. Doch ganz so rosarot wie in dieser Inszenierung ist die Bilanz der NEOS nicht.

Allein in Wien fehlen aktuell in den öffentlichen Kindergärten (MA 10) mehr als 700 Elementarpädagog*innen, im privaten Bereich mehr als 1.000. Was wurde hier nachhaltig gelöst? Nichts.



Verantwortung übernehmen heißt umzusetzen, wirkliche Lösungen zu finden – zum Wohle aller.

Das Dilemma der NEOS liegt an ihrem grundsätzlichen Zugang zu öffentlichen Leistungen. Aus Sicht der NEOS muss die Daseinsvorsorge reformiert und durch privaten Wettbewerb weiterentwickelt werden. So hat Christoph Wiederkehr in seiner Rolle als Bildungsstadtrat die privaten Kindergärten in Wien massiv forciert. Heute haben wir zwei Drittel private Kindergärten und nur noch ein Drittel öffentliche der MA 10. Am Ende einer solchen Politik steht ein Zwei-Klassen-System: private Bildungseinrichtungen für Besserverdienende, öffentliche für ärmere Familien. Während

der öffentliche Kindergarten beitragsfrei ist, verlangen private Träger immer noch zusätzliche Gebühren. Und sobald Kinder einen höheren Betreuungsbedarf haben, sind die Pforten der Privaten ohnehin geschlossen. Nach wie vor sind 93 Prozent der sogenannten Inklusionskinder in Kindergärten der MA 10 untergebracht.

Auch die Qualität der Betreuung lässt bei so manchen privaten Betreiberinstitutionen zu wünschen übrig. So sind bereits einige durch fragwürdige pädagogische Konzepte und dubiose Pleiten aufgefallen und mussten von heute auf morgen geschlossen werden – mit schlimmen Folgen für Kinder, Eltern und Personal. Wo ist hier die große Weiterentwicklung? Niemand zwingt private Einrichtungen, einen Kindergarten zu führen!

Bildung ist kein Markt. Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht (Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), das für alle Menschen gilt, nicht nur für die Besserverdienenden. Und damit ist Bildung eine staatliche Aufgabe, die der öffentliche Sektor in einer möglichst guten Qualität für alle (!) zu erbringen hat.

Frau Emmerling, ich nehme Sie beim Wort! Verantwortung ist mehr als Ankündigungs-politik und PR-Show. Verantwortung übernehmen heißt umsetzen, wirkliche Lösungen finden – zum Wohle aller, nicht nur jener, die besser verdienen. ◻

manfred.obermueller@wien.gv.at



Schuberth empfiehlt die Einführung einer Bankenabgabe.

„Ohne gute Lohnabschlüsse wäre das Budgetdefizit wesentlich höher!“

Welche Maßnahmen für die Konsolidierung des Budgets sinnvoll wären und warum sich Erbschaftssteuern positiv auf die Leistungsbereitschaft auswirken, erklärt Dr.ⁱⁿ Helene Schuberth, ÖGB-Chefökonomin, im Interview.

Wir haben ein historisches Defizit in Österreich. War das unumgänglich?

Schuberth: Ja, es ist historisch. Es ist die Folge der aktuellen Rezession und des miserablen Krisenmanagements der vorigen Bundesregierung. Sie ist durch zwei Dinge aufgefallen: Erstens durch teure Einmalzahlungen nach dem Gießkannenprinzip, ohne direkt in die Energiepreise einzugreifen. Und: Die Coronakrise wirkt noch immer nach. Es gab gigantische Förderungen für Unternehmen. Heute weiß man: Ein Drittel von ihnen hat das Geld gar nicht gebraucht.

Wo steht Österreich wirtschaftlich heute im europäischen Vergleich?

Der Einbruch der Konjunktur ist in Österreich im EU-Vergleich am stärksten. Das hängt schon damit zusammen, dass wir so lange eine sehr hohe

Inflationsrate hatten. Und wie reagieren die Unternehmen? Sie fordern: Löhne sollen die Teuerung nicht mehr abgelten. Manche fordern gar eine Nulllohnrunde!

Wirken sich gute Lohnabschlüsse negativ auf das Staatsbudget aus?

Nein, ganz und gar nicht. Ohne gute Lohnabschlüsse wäre das Budgetdefizit wesentlich höher! Unsere Studie zeigt: Eine Nulllohnrunde bedeutet einen Steuerausfall von 1,4 Milliarden Euro; berücksichtigt man den Entfall der Einnahmen in die Sozialversicherung, gibt es Ausfälle von mehreren Milliarden Euro.

Welche Maßnahmen würden Sie der Regierung empfehlen?

Rein evidenz- und wissensbasiert würde ich eine Liste anfertigen, in der ich die einzelnen Maßnahmen nach dem geringsten negativen Effekt auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigte sowie Konsum reihe. Je höher der sogenannte Fiskalmultiplikator, desto stärker der negative Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

Was wäre Nummer eins auf Ihrer Liste?

Die Bankenabgabe. Sie hat nachgewiesenermaßen keine negativen Wirkungen. Die Banken haben in

den letzten drei Jahren mehr als 30 Milliarden Euro Gewinne nach Steuern gehabt. Dividendenauszahlungen waren gigantisch.

Und Nummer zwei?

Eine Erbschaftssteuer. Wo sie fehlt, erhöht sich die Ungleichheit in der Gesellschaft extrem. Muss das so sein? Jeder bzw. jede sollte – mit gleichen Mitteln ausgestattet – seinen oder ihren Weg machen. Wo die Erbschaftssteuer fehlt, geht die Leistungsbereitschaft einer Volkswirtschaft zurück; die Erben sind weniger bereit, ihre Arbeitskraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

In Österreich wird Arbeit stark besteuert. Warum sollten Lohnnebenkosten dennoch keinesfalls gesenkt werden?

Weil sie eine wichtige Finanzierungsgrundlage unseres Sozialsystems darstellen. Die Vorgängerregierungen haben die Lohnnebenkosten stufenweise gesenkt. Dadurch verlieren die Sozialversicherungen jährlich drei Milliarden Euro. Die Folge: Sie mussten die Leistungen reduzieren, auf Kosten der Menschen.

Konservative behaupten stets, dass Österreich nicht wettbewerbsfähig sei. Stimmt das?

Nein, das stimmt so nicht. Die Exporte sind zwar in den letzten Jahren stark eingebrochen, aber von einem hohen Niveau aus. Und der Rückgang der Exporte hängt fast ausschließlich mit Deutschland zusammen. Hier treffen uns die schwache deutsche Konjunktur sowie die strukturellen Probleme der deutschen Automobilindustrie gleichermaßen. Lohnmoderation hilft uns hier nicht, sondern eine industriepolitische Strategie, deren Eckpfeiler leistbare Energiepreise, Fachkräfteausbildung, der Ausbau der erneuerbaren Energie und die Förderung von Zukunftstechnologien sind – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zum Klimabereich: Welche Folgen hat es für unseren Staatshaushalt, wenn wir die Klimaziele der EU nicht erreichen?

Dann haben wir einige Milliarden Euro an Strafzahlungen zu tätigen. Wie hoch die sind, ist aus heutiger Sicht noch unklar, weil sie sich an dem zu diesem Zeitpunkt gültigen CO₂-Preis orientieren. Drastische Kürzungen im Bereich Klimapolitik ohne Gesamtkonzept halte ich für den falschen Weg.

Gibt es noch weitere notwendige einnahmenseitige Maßnahmen?

Ja, wir haben hohen Nachholbedarf bei den vermögensbezogenen Steuern – da sind wir im internationalen Vergleich Schlusslicht. Wir sollten auch die Diskussion um eine Robotersteuer beginnen. Wenn durch „Künstliche Intelligenz“ (KI) Arbeitsplätze verloren gehen, dann sollte dieser Prozess auch durch eine Steuer auf durch den Einsatz von KI erzielte Produktivitätsgewinne begleitet werden. Wir wollen doch nicht, dass die digitale Dividende ausschließlich bei den Unternehmen verbleibt.



Schubert: Österreich liegt bei vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich zurück.



Durch die Senkung der Lohnnebenkosten verlieren die Sozialversicherungen jährlich Milliarden Euro und müssen in Folge die Leistungen reduzieren – auf Kosten der Menschen.

Helene Schubert

Was braucht es aus Ihrer Sicht, um neue Zuversicht zu schaffen und Investitionen anzuregen?

Es ist nicht hilfreich, wenn die Industriellenvereinigung so tut, als würde unsere Wirtschaft jeden Moment zusammenbrechen. Wir haben einen Überschuss in der Außenhandelsbilanz.

Inwieweit sollte Ihres Erachtens nach die Sozialpartnerschaft intensiver werden?

Da bin ich zuversichtlich. Im Regierungsprogramm sind in vielen Bereichen die Sozialpartner erwähnt. Wir bräuchten eine konzertierte, sozialpartnerschaftliche Aktion, wie in den 1970er-Jahren. Damals hat die Wirtschaftskammer die Unternehmen aufgefordert, moderat bei der Preisanhebung zu sein, weil das uns allen schadet. Heute spricht niemand davon. ○

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Dr.ⁱⁿ Helene Schubert ist eine renommierte österreichische Ökonomin und seit 2024 Bundesgeschäftsführerin des ÖGB für den Bereich Grundlagen und Interessenspolitik. Sie ist Vizepräsidentin des Fiskalrats der Republik Österreich.



Den Kompromiss als Stärke begreifen

Es ist die Sozialpartnerschaft, die eine gute Krisenbewältigung und den Wohlstand in Österreich ermöglicht. Wer sie ablehnt, hat die Grundsätze unserer Demokratie nicht verstanden.

Die Sozialpartnerschaft wird in Zeiten von Krisen, zunehmendem Populismus und gesellschaftlicher Polarisierung immer wieder kritisiert – insbesondere von rechten Parteien und von Wirtschaftsliberalen. Doch sie ist es, die seit vielen Jahrzehnten eine erfolgreiche Performance Österreichs garantiert und eine zentrale Rolle in der politischen Entscheidungsfindung spielt.

Die Sozialpartnerschaft in der österreichischen Variante auszubilden war kein Betriebsunfall der Politik, sondern – ganz im Gegenteil – stellt eines der Fundamente dar, auf denen die Zweite Republik nach 1945 ausgestaltet worden ist. Der Ansatz ist schnell skizziert: Es gibt einen engen Austausch mit den Sozialpartnern und eine nahezu permanente Verhandlung dieser Gruppierungen miteinander. Konkret sind die vier Sozialpartner Gewerkschaft, Bundes-Arbeiterkammer,

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer. In der Realpolitik werden sie in die Begutachtung neuer Gesetze eingebunden, ebenso werden Vereinbarungen – etwa über Mindestlöhne – ausgehandelt.

Die Festsetzung von Mindesttarifen ist – anders als in Deutschland – nicht vom jeweiligen Gesetzgeber abhängig, sondern eine Sache, die sich die Sozialpartner untereinander ausmachen – eben durch eine sehr hohe Dichte von Kollektivverträgen. Es existieren mehr als 800, die mehr als neun Zehntel aller Dienstverhältnisse abdecken.

Dadurch sind nicht nur die Mindestrechte und -ansprüche von Arbeitnehmer*innen sichergestellt, sondern es wird auch garantiert, dass die Startbedingungen in den einzelnen Branchen für alle Unternehmen gleich sind. Lohndumping hat keine Chance.

Es geht um die Standortqualität, die nicht nur ganz allgemein durch eine gelebte und ausgebauten Rechtsstaatlichkeit abgesichert wird, sondern durch ein klar ausformuliertes und für alle geltendes Arbeitsrecht gestärkt wird. Die Vergleichbarkeit der Bedingungen ermöglicht auch, dass sich die arbeitsmarktpolitischen Auseinandersetzungen in den meisten Fällen an langen Verhandlungstischen und in regelrechten Verhandlungsmarathons abspielen.

Wenige Streiks, hohe Produktivität

Nicht aber auf der Straße, wo streikende Arbeitnehmer*innen anderer Länder ihren Interessen lautstark Gehör verschaffen müssen. Denn die Sozialpartnerschaft ist auch ein Bekenntnis dazu, sich mit dem jeweiligen Vis-à-vis am Verhandlungstisch zu treffen, um die anstehenden Fragestellungen – seien sie nun tariflicher oder rahmenrechtlicher Natur – zu diskutieren und Lösungen zu finden. Beispielsweise Kollektivverträge abzuändern und den neuen Umständen anzupassen.

Dabei gilt: Der „Kompromiss ist sexy“. Was in sehr verkürzten Wortmeldungen oft als „fauler Kompromiss“ abgewertet wird, ist in der Realität die Essenz einer Demokratie: Die Annäherung von unterschiedlichen Positionen und Standpunkten ist nur möglich, indem im Zuge von (sehr oft auch zähflüssigen) Verhandlungen Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innen-Vertreter*innen inhaltlich aufeinander zugehen und bei den eigenen Vorstellungen Abstriche machen, ohne sie komplett aufzugeben. Ein Kompromiss eben.

Ringens um beste Lösung

Diese Methode hat Österreich sehr gut über die vergangenen 80 Jahre gebracht – und unter anderem auch sichergestellt, dass die Alpenrepublik ein Land mit außergewöhnlich wenig Streiktagen ist. Dies erhöht selbstverständlich auch die Standortqualität und sorgt außerdem für eine hervorragende Produktivität – das rechnerisch auf eine bzw. einen Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen entfallende Bruttoinlandsprodukt (BIP). Österreich ist da immer in der Spitzengruppe dabei – sowohl im Vergleich der Euro-Staaten und der EU-Mitglieder als auch der gesamteuropäischen Performance.

Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sind zwei weitere Punkte anzuführen, die ohne Sozialpartnerschaft nicht erreicht werden können. Zum einen ist da das Krisenmanagement zu nennen – sowohl in der Finanzkrise als auch während der Corona-Pandemie konnten mit Kurzarbeitsregelungen Maßnahmen auf Betriebsebene umgesetzt und damit die Auswirkungen auf die Wirtschaft abgefedert werden.

Und zum anderen sichert die gelebte Sozialpartnerschaft, dass Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen einander auf gleicher

Augenhöhe begegnen. Außerdem wird das gesellschaftliche Gemeinwohl hochgehalten. In diesem Rahmen haben Fehlentwicklungen langfristig keine Chance zu überleben – die Treffen der Sozialpartner finden oft statt, sodass es nicht realistisch ist zu glauben, dass wesentliche Probleme nicht angesprochen würden.

Quer durch die Bank also lassen sich keine Argumente finden, die die Sozialpartnerschaft in Frage stellen und einer kritischen Prüfung auch standhalten. Warum also gibt es die immer wiederkehrenden Attacken auf die Sozialpartnerschaft dennoch (von der FPÖ der 1990er-Jahre bis zu den Freiheitlichen und NEOS unserer Tage)?

Macht und politisches Kleingeld

Es geht mitunter um Macht und politisches Kleingeld: Denn die Sozialpartnerschaft regelt Themen, die in anderen Ländern auf der Ebene von Regierungsmehrheiten abgehandelt werden (oder überhaupt nicht geregelt sind). Und sie bedeutet auch, dass Parteien und Politiker*innen einen Machtverlust akzeptieren müssen – zugunsten von tragfähigen Kompromissen. Letztlich geht es bei dieser Frage aber auch um das Verständnis, wie Politik betrieben wird. Politiker*innen, die den Konsens als Schwäche sehen und ständig nur den Konflikt suchen, lösen kein einziges Problem und beschädigen damit à la longue auch das Ansehen der Politik. Und damit der Demokratie. ◯

chefredakteurin@fsg-hg1.at



Die Sozialpartner am Verhandlungstisch:
Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst 2024 im Bundeskanzleramt



Reinigungsfirmen entlasten Kindergärten

An den Kindergarten- und Hortstandorten der MA 10 werden sukzessive externe Reinigungskräfte eingesetzt. Damit wird eine langjährige Forderung Realität. Darüber hinaus setzt die MA 10 auf Fachkräfte-Ausbildung – zur weiteren Entlastung des Systems.

Was zunächst – wie bei vielen neuen Prozessen – mit Anlaufschwierigkeiten und einer gewissen Mehrbelastung für die Führungskräfte begonnen hat, bringt auf lange Sicht große Vorteile für alle Beteiligten. Bereits im Rahmen des Pilotprojekts konnte beobachtet werden, dass die Einführung externer Reinigungskräfte eine spürbare Entlastung im Alltag der pädagogischen Einrichtungen bringt.

Am Beginn muss mit einem gewissen organisatorischen Mehraufwand gerechnet werden: Abläufe müssen neu abgestimmt, Aufgabenbereiche klar abgegrenzt und die externe Unterstützung bestmöglich integriert werden. Doch all das zahlt sich aus – für die Teams, für die Pädagogik und letztlich auch für die Kinder.

Entlastung auf mehreren Ebenen

Besonders spürbar ist die Maßnahme für die Assistent*innen: Die körperlich oft sehr herausfordernden Reinigungstätigkeiten werden ihnen künftig weitgehend abgenommen. Das bedeutet nicht nur eine Reduktion der Belastung, sondern schafft auch neue Kapazitäten für unterstützende Tätigkeiten in der Gruppe. Hier profitiert auch das pädagogische Fachpersonal, das im ohnehin stark geforderten Alltag wertvolle zusätzliche Unterstützung erhält.

Dass diese Maßnahme mit beträchtlichem finanziellem Aufwand verbunden ist, ist unbestritten. Es handelt sich um eine strategische Entscheidung, die sowohl von der Dienstgeberin als auch von der Interessenvertretung

ECKPUNKTE DER OFFENSIVE

„PICK UP“ RELOADED:

Weiterbildung ohne Gehaltseinbußen

Bewährtes wurde neu belebt: Das neue Modell in seiner adaptierten Form garantiert, dass Mitarbeitende ihre Qualifizierung absolvieren, ohne Arbeitsplatzrisiko oder Einkommenseinbußen. Denn Sicherheit und finanzielle Stabilität stehen laut Befragungen für die Mitarbeiter*innen an erster Stelle.

STUDIENBERECHTIGUNGSPRÜFUNG: WAFF trägt einen Teil der Kosten

Die Förderstelle WAFF übernimmt einen Großteil der Gebühren für die Studienberechtigungsprüfung (STBP) – Hürden werden so spürbar gesenkt.

ZWEI WEGE ZUM DIPLOM

1. Ausbildungspfad Assistent*in

- Reduktion auf 25 Wochenstunden (1 Jahr) für VHS-Kurse und STBP
- Kolleg „Change“: 1.-2. Semester volle Freistellung, 3.-5. Semester 16 Std. Praxis
- Nach der Diplomprüfung: Höherreihung als Pädagog*in

2. Ausbildungspfad Assistenzpädagog*in

- Nur eine STBP-Teilprüfung nötig (meist Deutsch)
- Je nach Vorleistung Einstieg ins 2. oder 3. Semester
- Ab 2./3. Semester volle Freistellung, anschließend 16 Std. Praxis
- Nach der Diplomprüfung: Höherreihung als Pädagog*in

ERSTE ERGEBNISSE

- 34 Mitarbeitende starteten 2024 die STBP, 14 folgten 2025.
- Im September 2024 begannen 42 Kolleg*innen ihre Ausbildung (21 Assistenzpädagog*innen, 21 Assistent*innen).
- Im Februar 2025 kamen 18 weitere hinzu (11 Assistenzpädagog*innen, 7 Assistent*innen).



Die Einführung externer Reinigungskräfte bringt eine spürbare Entlastung im Alltag der pädagogischen Einrichtungen.

mitgetragen wird – in dem Wissen, dass genau hier ein wesentlicher Hebel für nachhaltige Verbesserungen liegt. Der Schritt kommt in einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen aufgrund des anhaltenden Personalmangels besonders herausfordernd sind. Umso bedeutender ist es, an jenen Stellen zu entlasten, wo es möglich ist.

Lange gefordert – jetzt umgesetzt

Die Einführung externer Reinigungskräfte ist eine jener Forderungen, die über Jahre hinweg immer wieder artikuliert wurde – von Mitarbeiter*innen und der Gewerkschaft gleichermaßen. Dass sie nun Realität wird, ist ein gemeinsamer Erfolg und ein Zeichen dafür, dass kontinuierlicher Dialog mit der Dienstgeberin und beharrliche Argumentation Wirkung zeigen können.

Auch wenn der Start holprig sein mag – die Richtung stimmt. Die Maßnahme zeigt Wertschätzung gegenüber jenen, die tagtäglich Großartiges leisten. Sie schafft Luft zum Atmen, Kraft für die pädagogische Arbeit und Klarheit in der Aufgabenverteilung. Vor allem aber ist sie ein weiterer Schritt hin zu besseren Rahmenbedingungen in einem System, das tagtäglich an seiner Belastungsgrenze arbeitet.

Gemeinsam den Wandel gestalten

Die Ausbildungsinitiative 2024 zeigt: Die MA 10 investiert in Menschen – und damit in die Zukunft der Kinderbildung. Durch gezielte interne Qualifizierung sichern wir pädagogische Qualität und schaffen attraktive Karrierewege. So wird Wien auch morgen exzellente Elementarpädagog*innen haben. ○

julia.fichtl@wien.gv.at
margit.pollak@wien.gv.at



Julia Fichtl
Leitende Referentin
für dienstrechtliche
Angelegenheiten



Margit Pollak
Vorsitzender-
Stellvertreterin



Sonnenstrom-Ausbau in Wien auf Höchststand

Die Bundeshauptstadt will bis 2030 rund ein Viertel aller Haushalte mit Sonnenstrom versorgen.



Mag.ª Susanne Häbler
Co-Programm-
koordinatorin der Wiener
Sonnenstrom-Offensive
in der Abteilung Energie-
planung der Stadt Wien
(MA 20)

Seit 2021 hat Wien die gesamtstädtische Sonnenstrom-Leistung mehr als verfünffacht. Damit können immer mehr Menschen die rund 2.000 jährlichen Sonnenstunden in der Stadt auch für ihren Strombedarf nutzen.

Aktuell gibt es ca. 14.800 PV-Anlagen in Wien, die über 80.000 Haushalte mit Sonnenstrom versorgen können. Allein 52 Megawattpeak (MWp), damit wird die maximale Leistung gemessen, wurden auf stadteigenen Flächen installiert. Mit der aktuellen Leistung von 280 MWp spart die Stadt den Ausstoß von rund 64.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Die nächste Ausbaustufe ist bereits in Sicht: Schon in den nächsten Monaten dürfte die Marke von 300 MWp geknackt werden. Bis 2030 soll der Anteil auf rund ein Viertel aller Wiener Haushalte (derzeit mehr als 970.000) und einer Leistung von 800 MWp anwachsen.

Förderbudget für 2025 voll ausgeschöpft

Die Nachfrage nach sauberem Sonnenstrom ist in Wien so hoch wie nie: Bereits Anfang Juni wurde das mit 15 Millionen Euro dotierte Sonnenstrom-Förderbudget der Stadt Wien für 2025 vollständig ausgeschöpft! Eingereicht wurden heuer mehr als 3.800 Förderansuchen für PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 33 Megawattpeak.

Die Statistiken belegen, dass die verschiedenen Schwerpunkte und Fördermöglichkeiten des Wiener Förderpakets für unterschiedlichste Technologien den Nerv der Zeit treffen – von kleinen über sehr großen PV-Anlagen, Anlagenerweiterungen, elektrischen Speichern oder PV-Anlagen auf mehrgeschoßigen Wohnbauten bis hin zu PV-Flugdächern. Das PV-Förderangebot der Stadt Wien wurde in intensivem Austausch mit Expert*innen, Wiener Betrieben und Privatpersonen entwickelt und nach ihren Bedürfnissen ausgerichtet. Das nun ausgeschöpfte Budget macht noch einmal deutlich, dass die Wienerinnen und Wiener den Wert der Sonnenenergie erkennen und Teil der Energiewende werden wollen.

Wiener Erfolgsformel wird fortgesetzt

Dass das Förderbudget für 2025 bereits aufgebraucht ist, bedeutet keineswegs, dass der Ausbau der Photovoltaik in Wien gestoppt wird – im Gegenteil: Die Stadt wird den eingeschlagenen Weg aus erleichterten Genehmigungen, Förderungen und Solarpartnerschaften konsequent weiterverfolgen. Die Beratungsangebote für Betriebe, Private, Hauseigentümer*innen, Hausgemeinschaften und Bauträger werden weiter ausgebaut und laufend verbessert. Gleichzeitig werden die Wiener Förderangebote weiterentwickelt, insbesondere für bisher wenig genutzte urbane Flächen und innovative PV-Lösungen.

Alle Informationen zur Wiener Sonnenstrom-Offensive und den unterschiedlichen Beratungsangeboten sind auf der Homepage sonnenstrom.wien.gv.at zu finden. 

susanne.haessler@wien.gv.at



Durch Investitionen in Digitalisierung steigerte Wien die Effizienz der Verwaltung – so konnte die Daseinsvorsorge aufrechterhalten und den steigenden Anforderungen begegnet werden.

Wien ist effizienter geworden

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen bleibt Wien das beste Beispiel für eine gut funktionierende Daseinsvorsorge und eine stetig lernende öffentliche Verwaltung.

Wiens Bevölkerung ist seit dem Jahr 2000 von ca. 1,55 Mio. auf knapp zwei Mio. Menschen gewachsen. Vor 25 Jahren entfielen auf eine*n Bedienstete*n ca. 43 Einwohner*innen. Im Vergleich dazu liegt diese Quote derzeit bei ca. 61 Einwohner*innen. Ein starkes Wachstum der Bevölkerung bedeutet für eine Stadt auch immer eine größere finanzielle Belastung. Die Stadt muss also effizienter werden, um die bis dato gut funktionierende Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten sowie den steigenden Anforderungen gerecht werden zu können.

Durch gezielte Investitionen in Digitalisierung und strukturelle Reformen konnte Wien bedeutende Fortschritte in der Verwaltung erzielen. Beispiele für diese Effizienzsteigerung sind unter anderem der Ausbau von digitalen Services wie

Beantragung von Parkpickerl, Wahlkarten, Meldezettel etc. sowie die Verringerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsanfragen. Ebenso wurde trotz Budgetdefiziten in langfristig entlastende Bereiche investiert, wie die Klimainfrastruktur, Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales, sowie in öffentliche Verkehrsmittel.

Hohes Niveau halten

Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren ihre Verwaltungsprozesse modernisiert, Prioritäten angepasst und die Digitalisierung genutzt, um effizienter auf wachsende Anforderungen reagieren zu können. Diese Maßnahmen haben es ermöglicht, trotz finanzieller Herausforderungen die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen bzw. Daseinsvorsorge auf einem hohen Niveau aufrechtzuerhalten.

Obwohl viele kommunale Leistungen sogar verbessert werden konnten, erfolgte trotz des Bevölkerungswachstums um fast 500.000 Menschen keine proportionale Ausweitung des Verwaltungsapparats. Um die Balance zwischen steigender Nachfrage und verfügbaren Ressourcen halten zu können, wird trotz Budgetdefizit eine gezielte Personalaufstockung in Schlüsselbereichen notwendig sein. Ebenso muss der zahlenmäßig erhebliche Abgang der Babyboomer-Generation in Personalplanungen berücksichtigt werden.

Als youunion_Die Daseinsgewerkschaft werden wir uns daher laufend dafür einsetzen, dass die budgetären Herausforderungen und eventuelle Auswirkungen nicht zu Lasten des Personals der Stadt Wien gehen und Arbeitsbedingungen sowie Arbeitsprozesse für Bedienstete stetig verbessert werden. ◯



Michael Lewisch
Leitender Referent für Bildung, Internationale Vertretung, Organisationsentwicklung und Jugend

michael.lewisch@wien.gv.at



Rund 1.500 Mitarbeitende der Wiener Stadtgärten sorgen für gepflegte Parks – darunter etwa 100 Menschen mit Behinderung, die wichtige Aufgaben bei Instandhaltung und Betreuung übernehmen.

Gemeinsam wird's noch vielfältiger

Diversität gehört bei den Wiener Stadtgärten nicht nur im Aufgabengebiet, sondern auch bei den Mitarbeiter*innen zum Alltag. Genauso wie die stetige Weiterentwicklung in der Abteilung, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Grün bewegt, weckt Emotionen. Mittlerweile sind auch unsere Kaufentscheidungen davon beeinflusst. „Grün“ vermittelt das Gefühl, korrekt zu handeln; es beruhigt unser Gewissen. „Grün“ ist zum Wirtschaftsfaktor geworden.

In der Verwaltung unserer Stadt gibt es aber tatsächlich „grün“ agierende Abteilungen. Doch die Intention ist nicht nur, die Stadt grüner, sondern vor allem klimafit zu gestalten. Die wahre Kunst liegt in ausreichend vorhandenen, interdisziplinär verwobenen Freiräumen.

Hätten Sie noch vor zwei Jahrzehnten gehaut, dass heute Stadtplaner*innen unisono die essenzielle Bedeutung von ausreichend vorhandenen, durchdacht angelegten und vor allem langfristig existierenden Grünflächen betonen? Deren Schaffung, aber vor allem der Erhalt bereits bestehender, ist für die Qualität des Lebens in der Stadt von

WIENER STADTGÄRTEN:

- 1.500 Mitarbeiter*innen
- Mehr als 1.000 Parkanlagen
- Mehr als 500.000 Bäume
- Insgesamt mehr als 17 km² an städtischen Parkanlagen sowie Straßenbegleitgrün, die von den Wiener Stadtgärten betreut werden.
- 1.700 Spielplätze
- Mehr als 670 Ballspielplätze
- Mehr als 40 Skateanlagen
- In mehr als 170 Parks mehr als 550 Fitness- und Trainingsgeräte
- 12 Wasserspielplätze und mehr als 120 Wasserspielmöglichkeiten
- Über 700 Trinkbrunnen
- In mehr als 80 Parks gibt es Nebelduschen und Nebelstelen.

Leistungen 2024

- Baumpflanzungen: circa 3.900
- Neugestaltete und neu errichtete Parkanlagen: mehr als 77.000 m²

grundlegender Wichtigkeit. Eine Stadt, die nicht lebenswert ist – z. B. durch massive Überhitzung in den Sommermonaten –, ist eine Stadt, die über kurz oder lang auf allen Ebenen stagnieren und an Attraktivität verlieren wird.

Grünflächenmanagement ist Daseinsvorsorge

Urbane Grün- und Freiräume erfüllen für die Stadt und ihre Bewohner*innen wichtige Funktionen. Sei dies in sozialer, gesundheitlicher, ökologischer, klimatischer oder auch in ökonomischer Weise. Die soziale Bedeutung einer nachhaltigen Stadtentwicklung von Grünräumen ist heute eines der Kriterien einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Dass dieser Teil der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand verbleiben muss, ist nicht zu leugnen. Ebenso wenig, dass die Entwicklung, Ausgestaltung und Pflege der urbanen grünen

Infrastruktur die wachsende Stadt vor große Herausforderungen stellen. Die Kosten sind auch hier ein heiß diskutiertes Thema. Doch betrachten wir Grünflächen nicht nur als Kostenfaktor, sondern als nicht ersetzliches Qualitätsmerkmal und Standortfaktor einer nachhaltigen und gesunden Stadt.

Es sind Abteilungen wie die MA 42 – Wiener Stadtgärten, die tagtäglich unter Beweis stellen, dass sie die Fachabteilungen im Bereich Grünraum- und Parkmanagement sind. Nicht nur, dass sie zahlreiche Parkanlagen, vom kleinen „Beserlpark“ bis zum riesigen Kurpark Oberlaa, pflegen und erhalten. Sie sind es auch, die Kilometer von Alleen, deren Vitalität und Wohlfahrtswirkung ebenso wie deren Verkehrssicherheit 365 Tage im Jahr im Blick behalten.

Quasi nebenbei werden Spielplätze und Sportanlagen ebenso gebaut und erhalten wie Nebelstelen und -duschen, Trinkbrunnen, aber auch Wasserspielplätze. Die Wiener Stadtgärten lernen stetig dazu, um mit den komplexen Vorgängen des Klimawandels im praktischen Berufsalltag umzugehen. Gärtnerisches Fachwissen bildet hier lediglich die Basis.

Inklusion bei den Stadtgärten

Die ca. 1.500 Mitarbeiter*innen der Wiener Stadtgärten sind in vielfältigen Bereichen tätig: von der Verwaltung und Planung, der Umweltbildung und dem Veranstaltungsmanagement bis hin zur Pflege vor Ort.

Haben Sie gewusst, dass auch bei den Wiener Stadtgärten um die 100 Menschen mit Behinderung aktiv im Berufsleben stehen? Ihre Hauptaufgaben bestehen in der Instandhaltung der baulichen Komponenten der Parkanlagen und Spielplätze. Täglich werden diese Bereiche kontrolliert und auch gepflegt. Darüber hinaus unterstützte die MA 42 die Aufräumarbeiten nach der außergewöhnlichen Hochwasserkatastrophe im September 2024.

Zu diesen engagierten Mitarbeiter*innen zählen Michael Rautner, Dominik Knöbl und Klaus Petrik, die ehrenamtlich als Behindertenvertrauenspersonen (BVP) tätig sind. Als BVP unterstützen und sichern sie Inklusion und Chancengleichheit am Arbeitsplatz, machen sich für angemessene Arbeitsbedingungen, Barrierefreiheit und den Abbau von Diskriminierungen stark und tragen in Zusammenarbeit mit Dienstgeberin und Personalvertretung dazu bei, ein positives Miteinander zu schaffen und Probleme direkt zu lösen. ○

bernhard.radl@wien.gv.at
gerhard.pled@wien.gv.at

Städte sind vor allem dann lebenswert, wenn sie den Menschen helfen, ihren Alltag besser zu bewältigen.



INKLUSION LEBEN

Als Behindertenvertrauenspersonen (BVPs) sind wir nach den gesetzlichen Bestimmungen des Behinderteneinstellungsgesetzes und des Wiener Personalvertretungsgesetzes gewählt und vertreten deine Interessen als Mitarbeiter*in mit Behinderung.

Wir sind in den Dienststellen unabhängig, weisungsfrei und vertraulich tätig.

Unsere Aufgaben:

Wir vertreten die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der Mitarbeiter*innen mit Behinderungen.

Das heißt konkret:

- Wir bieten persönliche Beratung zu Fragen im Zusammenhang mit Behinderung und Arbeit an.
- Wir unterstützen bei Fragen zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz.
- Wir unterstützen bei Konflikten in der Arbeit.
- Wir geben Hilfe bei Fragen zu Aus- und Weiterbildungen.
- Wir setzen uns für Gleichberechtigung von Kolleg*innen mit Behinderungen ein.
- Wir beraten bei behördlichen Verfahren im Zusammenhang mit einer Behinderung, z. B. Behinderteneinstellungsbescheid, Pflegegeld, Pensionsverfahren.



Bernhard Radl
Vorsitzender der
Behindertenvertrauens-
personen HG 1



Gerhard Pledl
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit

Politisches Bekenntnis zum Feminismus

Österreich hat wieder eine Frauenministerin, die sich zum Feminismus bekennt: Eva-Maria Holzleitner.



Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin
für Diversität



Feminismus ist „eine menschliche Zukunft“! Mit diesem Zitat hat Johanna Dohnal als erste Frauenministerin Österreichs (im Amt von 1991 bis 1995) den Kampf um Frauenrechte in der Tagespolitik zum Thema gemacht. In ihrer Amtszeit wurde viel für Frauen erreicht. Sie gilt nach wie vor als Ikone der österreichischen Frauenbewegung.

Seit Dohnal hat es allerdings auch Zeiten gegeben, in denen Frauenpolitik kaum vorhanden war, etwa unter den vorigen Bundesregierungen. Eine wirkliche gesellschaftspolitische Weiterentwicklung für Frauen gab es unter diesen einfach nicht. Nach einer Durststrecke haben wir mit Eva-Maria Holzleitner aktuell wieder eine Frauenministerin, die sich zum Feminismus bekennt. Sie ist sichtbar und hörbar. Bei ihrem Amtsantritt sagte sie laut und unmissverständlich: „Ich bin Feministin.“ Mit dieser deutlichen Aussage hat sie einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Frauen können wieder sichtbarer, Feminismus kann sprachlich wieder mehr im Alltag verankert werden.

Gewaltschutz hat zentrale Bedeutung

Eva-Maria Holzleitner sieht ihre Aufgabe als Berufung und gibt Frauen eine starke Stimme. Sie setzt sich für eine echte Gleichstellung ein und sieht ihren Auftrag auch darin, dass alteingesessene Rollenbilder aufgebrochen werden, und

weist darauf hin, dass in Österreich patriarchalische Denkmuster stark verankert sind.

Der Gewaltschutz für Frauen hat österreichweit nunmehr eine zentrale Bedeutung. So wurde im Ministerrat ein Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen beschlossen. Jede Gewalttat ist eine zu viel und ist keinesfalls zu tolerieren. Es ist beschämend, dass Österreich EU-weit bei Femiziden an der Spitze ist.

Wien macht's vor

Wien war beim Gewaltschutz und bei der Gleichberechtigung immer schon Vorreiter*in – Wien, die Stadt für Frauen! Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung, dazu gehört das Recht auf ein gewaltfreies Leben und das Recht auf ein Einkommen zum Auskommen. Wien war das sozialpartnerschaftliche Miteinander schon immer ein zentrales Anliegen, und so konnten auch viele Gewerkschaftsforderungen umgesetzt werden.

Mit der Gemeinderätin Marina Hanke in Wien und mit Eva-Maria Holzleitner im Bund haben wir zwei Feministinnen an der Spitze, die auf die Sozialpartner*innen hören und sich für Frauenrechte einsetzen. Wir Gewerkschafter*innen können Forderungen aufstellen, es bedarf jedoch des politischen Willens, diese auch umzusetzen. ○

regina.mueller@wien.gv.at

Urlaub trotz Krankenstand – was zu beachten ist

Der Sommer ist da – und mit ihm die Haupturlaubszeit. Viele Mitarbeiter*innen planen ihre Erholung, doch nicht alle sind gesundheitlich in der Lage, den Urlaub wie gewünscht anzutreten. Was ist zu beachten, wenn sich ein Krankenstand mit dem Erholungsurlaub überschneidet?

Bei einer Dienstverhinderung von mehr als 50 Tagen liegt es im Ermessen der Dienststelle, sich vor dem geplanten Dienstantritt – also auch vor einem unmittelbar anschließenden Urlaub – ein Bild über die Dienstfähigkeit der betroffenen Person zu machen.

Wichtig: Auch ein direkt an den Krankenstand anschließender Erholungsurlaub gilt rechtlich als Dienstantritt.

Menschlichkeit und Dialog

Ein solcher Urlaub ist weiterhin an eine Vereinbarung mit der Führungskraft gebunden – das bedeutet: Er kann gewährt werden, muss aber nicht. Hier ist nicht nur Organisation, sondern auch Menschlichkeit gefragt.

Führungskräfte sollten die individuelle gesundheitliche Situation sowie die Belastbarkeit der betroffenen Person berücksichtigen. Grundsätzlich gilt: Ein regelmäßiger, wertschätzender Kontakt ist mit Sicherheit hilfreich für die Einschätzung und das Vertrauen auf beiden Seiten.

Noch nicht dienstfähig?

Wenn festgestellt wird, dass die betroffene Person noch nicht dienstfähig ist, besteht die Möglichkeit, einen Domizilwechsel zu beantragen – etwa zu Angehörigen oder an einen anderen Ort, an dem sichergestellt ist, dass der Aufenthalt die Genesung fördert.

Dafür ist ein fachärztliches Attest notwendig, das bestätigt, dass der Aufenthalt der Genesung nicht entgegensteht. Zulässig sind Aufenthalte während eines Krankenstands nur innerhalb der EU.

Ein besonders wichtiger Punkt, der häufig übersehen wird: Ein Krankenstand schützt nicht vor dem Verfall von Urlaubstagen. In der Regel erhalten Mitarbeiter*innen Anfang Herbst eine schriftliche Erinnerung, falls ein Urlaubsverfall droht. Besteht zum Zeitpunkt dieser Erinnerung weiterhin ein Krankenstand, kann der Urlaub nicht konsumiert werden. Ein Anspruch auf Auszahlung der nicht konsumierten Urlaubstage besteht in dieser Konstellation nicht. **o**

julia.fichtl@wien.gv.at



Julia Fichtl
Leitende Referentin
für dienstrechtliche
Angelegenheiten



Krank im Urlaub? Bei Überschneidung mit dem Krankenstand kann ein Domizilwechsel beantragt werden – mit fachärztlichem Attest und nur innerhalb der EU.

QUERRAUNZER

„Sepp, was machst du?“

„Sepp, was machst du?“ Das war der Titel von kurzen Videos auf Social Media, mit denen der Salzburger Gastronom und Hotelier Sepp Schellhorn während der Corona-Pandemie zunächst Personal gesucht hat und dann aber zu einem regelrechten Koch-Influencer wurde. Mit beachtlichen Reichweiten, mehr als FPÖ-Chef Kickl: über 300.000 Abonnent*innen auf Instagram sowie knapp 200.000 auf Tiktok. Mittlerweile ist Schellhorn zurück in der Politik. Er ist NEOS-Staatssekretär für Deregulierung. Aus Gründen der beruflichen Unvereinbarkeit musste er nun seine Social-Media-Kanäle löschen. Alles nur, um seiner neuen Mission nachgehen zu können: Dem Kampf gegen die Bürokratie in Österreich. Denn diese sei überbordend, ineffizient und nicht nachhaltig. Ihr Opfer sei der Mittelstand. Das müsse enden! Jetzt!

Ganz nach dem Motto „weniger Filz, mehr Freiheit“ kündigte er gleich zu Beginn seiner Amtsperiode eine „Antibürokratietour“

durch Österreich an: zu allen Gebietskörperschaften, zu Industriebetrieben, zu Klein- und Mittelbetrieben und zu Ein-Personen-Unternehmen. Aufräumen will er. Aber so richtig! Und eine Website soll es auch geben, www.bürokratieabbau.at, wo Leute Probleme mit „der Bürokratie“ einmelden können. Fall für Fall müsste man diesen dann nachgehen. Denn: „Die Steuererklärung sollte auf den berühmten Bierdeckel passen und Un-

ternehmen sollte man so einfach gründen können wie Briefkastenfirmen in Panama“, so Schellhorn in einem Interview mit dem Magazin Trend im Februar.



Für so eine lange, anstrengende Tour durch Österreich braucht er natürlich auch ein Dienstauto. Ein g'scheites! Vielleicht einen Audi A6 aus dem Fuhrpark des Außenministeriums? Für Schellhorn: Nicht gut genug! So hat sich der „Sparer der Nation“ einen Audi A8 (5,19 Meter, ab 121.365 Euro) mit Hybrid-Antrieb bestellt – „für einen größeren Fahrgastraum auf längeren Überlandfahrten“, wie Boulevardmedien verbreiten. Na, bumm! Jetzt ist in den Zeitungen nur noch vom „8er-Sepp“ die Rede.

Audi hin, Audi her: Viel schlimmer als die Optimierung des eigenen Dienstautos ist Schellhorns Zugang zur Sozialpartnerschaft. Er will die Zwangsmitgliedschaft abschaffen und damit ein System vernichten, das für den Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen steht und den Kompromiss über den Konflikt stellt. Seine Bedeutung zeigt sich u. a. in den mehr als 800 Kollektivverträgen, die jährlich in Österreich verhandelt werden.

Da kann man sich wirklich nur noch fragen: „Sepp, was machst du?“ ◯

Wendelin



Als Dienstauto nahm der „Sparer der Nation“ Schellhorn einen Audi A8 (ab 121.365 Euro) mit Hybrid-Antrieb – für „größeren Fahrgastraum auf längeren Überlandfahrten“.

Bring your Family

DAS FAMILIENFEST

Kommt zahlreich mit eurer ganzen Familie und verbringt gemeinsam einen tollen Tag voller Spaß, Spiel und guter Stimmung.

Unser buntes Programm bietet:

- Livemusik
- Luftburgen zum Toben
- Fußball-Billard, Radarschusswand und Fußballplatz mit kleinen Toren
- Minigolf
- Beachvolleyball und Padel-Tennis – jeweils mit Trainer*in, der*die euch Tipps gibt
- Ballschule für Kinder von 5 bis 10 Jahren – mit professionellen Trainer*innen
- Kinderschminken
- Grillbuffet mit veganen Alternativen
- Gesundheitsstraße des AMZ der KFA
- Gewinnspiel mit tollen Preisen
- ... und jede*r bekommt ein Getränk gratis!



SAMSTAG, 13.09.2025
10.00 BIS 16.00 UHR
KSV, 1020 WIEN, RUSTENSCHACHERALLEE 3

Stellplätze für Räder und Autos sind vorhanden!

www.hg1.at



Personalvertretung



Einblicke in die wertvolle Zusammenarbeit zwischen Pflegefamilien und Sozialarbeiter*innen, die es ermöglicht, dass Kinder mit schwierigem Lebenshintergrund ein stabiles Zuhause bekommen.

Wiener Kinder- und Jugendhilfe als Stütze der Pflegefamilien

Im Alltag einer Pflegefamilie in Wien ist eines gewiss: Es wird nie langweilig. Neben den täglichen Herausforderungen des Familienlebens stehen vor allem das Wohlergehen und die Entwicklung der Pflegekinder im Zentrum. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, erhalten Pflegefamilien ab dem ersten Tag tatkräftige Unterstützung durch die Sozialarbeiter*innen der Wiener Kinder- und Jugendhilfe – insbesondere durch den Fachbereich Pflegekinder und schließlich auch die Pflegekinderzentren.

Bereits mit dem Einzug eines Kinds bei einer Pflegefamilie wird ein individuelles Unterstützungssystem aufgebaut. Ziel ist es, dem Kind ein stabiles Zuhause zu geben, in dem es gesund aufwachsen und sich gut entwickeln kann. In enger Zusammenarbeit mit dem Referat für Adoptiv- und Pflegekinder sowie

den Pflegekinderzentren der Stadt Wien werden Pflegeeltern sorgfältig auf ihre Aufgaben vorbereitet und kontinuierlich begleitet.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf dem sensiblen Umgang mit der Herkunftsfamilie: Besuchskontakte zu den leiblichen Eltern sind oftmals emotional und komplex, doch sie sind ein wichtiger Teil der Identitätsentwicklung des Kinds. Die Sozialarbeiter*innen sorgen hier für einen strukturierten und geschützten Rahmen – besonders im ersten Jahr, wenn diese Treffen in den Besuchsräumen der Pflegekinderzentren stattfinden.

Soziale Arbeit als Rückhalt

Wie in allen Familien kann es auch in Pflegefamilien zu Krisen kommen – sei es durch Erkrankungen, Trennungen oder durch belastende Situationen, die mit der Vorgeschichte des Kinds oder der Beziehung zur Herkunftsfamilie

zusammenhängen. Gerade dann ist die Rolle der professionellen Sozialarbeit entscheidend: Durch präventive Maßnahmen, intensive Beratung und konkrete Unterstützung helfen die Fachkräfte, Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl stets im Blick zu behalten.

Neben der emotionalen und pädagogischen Begleitung übernehmen die Sozialarbeiter*innen auch rechtliche Vertretungsfunktionen – etwa bei Fragen zum Aufenthaltsstatus oder zu Behördenwegen im Zusammenhang mit dem Fremdenrecht. So entlasten sie die Pflegefamilien und ermöglichen ihnen, sich voll und ganz auf das Familienleben zu konzentrieren.

Wie gut diese Zusammenarbeit funktionieren kann, zeigt das Beispiel der Familie Schaberl: Seit vielen Jahren bieten sie mehreren Pflegekindern ein liebevolles Zuhause. Im April 2025 war die Freude besonders groß – Pflegekind Clara (Name geändert), die Zweitjüngste der vier Kinder, erhielt gemeinsam mit ihren Pflegeeltern und dem begleitenden Sozialarbeiter die österreichische Staatsbürgerschaft. Ein bedeutender Moment, der nur durch das vertrauensvolle Miteinander aller Beteiligten möglich wurde.

Ein Wunder: Alexa findet ihr Zuhause

Oder die Geschichte von Familie Bauer und der kleinen Alexa (Namen geändert). Alexa hatte aufgrund des massiven Drogenkonsums ihrer leiblichen Mutter einen denkbar schweren Start ins Leben. Viel zu früh geboren, kam sie per Notkaiserschnitt zur Welt und musste die ersten Wochen im Krankenhaus verbringen. Nach ihrer Entlassung wurde sie liebevoll von der Krisenpflegefamilie F. aufgenommen, bevor sie zwei Monate später dann zur Pflegefamilie Bauer kam.

Was folgte, war ein echtes „Perfect Match“, wie es das Referat für Adoptiv- und Pflegekinder nennt: Alexa fand in der bodenständigen, humorvollen und sehr fürsorglichen Familie Bauer ein sicheres Zuhause. Mit viel Liebe und Geduld wird sie dort großgezogen – trotz aller Herausforderungen. Alexa ist sehr empfindsam, leidet an starker Hypersensibilität. Kleidung, die für andere Kinder normal ist, kann ihr echte Schmerzen bereiten. Das tägliche Anziehen wird dadurch zur Herausforderung.

Doch auch hier steht die Pflegefamilie ihr unbeirrt zur Seite. Mit Unterstützung von Ergotherapie und sensorischer Integration macht Alexa große Fortschritte. Ihre Entwicklungsverzögerungen werden kontinuierlich aufgeholt, der Alltag wird Schritt für Schritt leichter.

Heute ist Alexa sechs Jahre alt – gesund, fröhlich und voller Neugier auf das Leben. In diesem Jahr wird sie eingeschult – ein weiterer Meilenstein auf einem Weg, der nicht immer leicht war, aber von Liebe, Durchhaltevermögen und tiefer Verbundenheit geprägt ist.



Die Stadt Wien sucht engagierte Pflegeeltern: Kindern soll ein stabiles, liebevolles Zuhause geboten werden. Interessierte werden vor und während ihrer Aufgabe professionell begleitet.

Die Pflegekinderzentren, das Referat für Adoptiv- und Pflegeeltern und Sozialarbeiter*innen der Wiener Kinder- und Jugendhilfe sind unverzichtbare Partner*innen im Alltag von Pflegefamilien. Mit ihrer fachlichen Kompetenz, Empathie und Erfahrung tragen sie maßgeblich dazu bei, dass Pflegekinder in Wien die Chance auf ein stabiles, liebevolles und förderliches Aufwachsen erhalten.

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten benötigen die Sozialarbeiter*innen des Fachbereichs Pflegekinder einerseits die Wertschätzung, die sie verdienen, damit sie weiterhin erfolgreiche Arbeit im Sinne des Kinderschutzes leisten können, und andererseits auch die dringend nötigen Ressourcen, um die Pflegefamilien gut unterstützen zu können. ○

stefan.rudolph@wien.gv.at



Stefan Rudolph
Vorsitzender DA 129 – Wiener Kinder- und Jugendhilfe, WKJH-S, WKJH-R, FAMZ, Fachbereich Pflegekinder, SKT, IAK + zugehörige Kanzleien

1450 statt 144 wählen: Jede Sekunde kann Leben retten

Wenn der Notruf 144 läutet, zählt immer jede Sekunde. Ein Herz hört auf zu schlagen. Ein Mensch ringt nach Luft. Ein Unfall hat alles verändert. In solchen Momenten zählt nur eines: sofortige Hilfe. Doch was passiert, wenn die Leitstelle überlastet ist – mit Anrufen, die keine echten Notfälle sind?



NOTRUFNUMMER 144

In **medizinischen Akutfällen** rufen Sie unverzüglich die **Notrufnummer 144**, wenn eine Person zum Beispiel

- einen **Unfall** hatte,
- **Atemnot** hat,
- **ohnmächtig** ist oder
- sich in einer **lebensbedrohlichen** Lage befindet.

GESUNDHEITSHOTLINE 1450

Medizinischer Rat – **rund um die Uhr** und sieben Tage die Woche. Erstanlaufstelle bei **Gesundheitsfragen** und akuten Symptomen. Speziell geschultes diplomiertes Krankenpflegepersonal schätzt die Dringlichkeit des Anliegens ein und gibt dann **Verhaltensempfehlungen** ab.

In Wien rückt die Berufsrettung aus, wenn es um Leben und Tod geht. Doch viele Menschen wählen aus Unsicherheit die Notrufnummer 144, obwohl ihr Anliegen keine akute Lebensgefahr darstellt. Genau hier sollte die Nummer 1450 greifen – ein medizinischer Notfallberater, bevor es zum medizinischen Notfall kommt. Nicht nur zur Corona-Hochblüte aktiv, ist 1450 mittlerweile zu einem wichtigen Gesundheitshelfer geworden. Trotzdem wird der Notruf 144 immer wieder mit allen möglichen Wehwehchen heimgesucht.

Das Gesundheitstelefon 1450 ist eine Hotline des Fonds Soziales Wien, betrieben in enger Zusammenarbeit mit allen wichtigen Gesundheitsdienstleister*innen der Stadt. Rund um die Uhr erreichbar, kostenlos, kompetent – und vor allem: Es soll das Rettungssystem entlasten. Wer unsicher ist, ob ein Spitalbesuch notwendig ist, ob das Fieber gefährlich ist oder ob die Bauchschmerzen harmlos sein könnten, findet hier Antworten.

Gesundheitspersonal mit fundierter Ausbildung beantwortet wichtige Fragen, stellt gezielte Rückfragen und gibt medizinisch geprüfte Empfehlungen. Und wenn es doch kritisch ist, wird sofort Hilfe organisiert. In vielen Fällen reicht aber schon ein Gang zur Apotheke oder ein Termin beim Hausarzt oder bei der Hausärztin. Deshalb sollte die Nummer 1450 die erste Anlaufstelle für Gesundheitsfragen sein.

Unnötiger Anruf kann Leben kosten

Denn während ein Rettungswagen wegen eines nicht akuten Problems unterwegs ist, wartet anderswo vielleicht jemand, der wirklich nicht mehr warten kann: eine Mutter mit einem bewusstlosen Kind etwa oder ein älterer Herr mit Brustschmerzen. Oder eine junge Frau nach einem Verkehrsunfall.

1450 schützt nicht nur Ihre Gesundheit – es schützt auch die Notrufnummer 144 und damit all jene, die in einem echten Notfall auf schnelle Hilfe angewiesen sind.

Bitte helfen Sie mit: Wählen Sie 1450 – und lassen Sie 144 für den Ernstfall frei.

thorsten.brandstetter@wien.gv.at



Thorsten Brandstetter
Vorsitzender-Stellvertreter
DA 118 – Berufsrettung Wien

Erfahrene Gesundheits- und Krankenpfleger*innen arbeiten als School Nurses an Schulen. Ihre Präsenz stärkt das subjektive Sicherheitsgefühl und bringt spürbare Vorteile für Schüler*innen, Eltern und Lehrpersonal.



Pilotprojekt „School Nurses“ geht in Ausrollung

Von Mai 2022 bis Dezember 2024 wurde das EU-geförderte Pilotprojekt „School Nurses“ vom Gesundheitsdienst der Stadt Wien (MA 15) umgesetzt. Ein Statusbericht.



Elisabeth Jarolim
Vorsitzende
DA 128 – Gesundheits-
dienst

Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen mit einschlägiger Berufserfahrung wurden im Rahmen des Projekts als School Nurses in zwei Bezirken an probeweise fünf Schulstandorten tätig.

Aufgrund des Erfolgs führen sie ihre Funktion aktuell auch nach dem Projektende aus. School Nurses sind die erste Anlaufstelle für alle gesundheitsrelevanten Themen im Setting Schule und fungieren als Drehscheibe in multiprofessionellen Teams.

Das Leistungsportfolio:

- Notfallmanagement und medizinische Erstversorgung
- Betreuung und Inklusion von Schüler*innen mit chronischen Erkrankungen und/oder besonderen Bedürfnissen
- Gesundheitsförderung und Prävention
- Information und Beratungsleistung in Gesundheitsfragen
- Vernetzung im multiprofessionellen Team
- Administration, Dokumentation, Organisation

Von der regelmäßigen Anwesenheit der School Nurses profitieren alle Betroffenen gleichermaßen, also Obsorgeberechtigte, Schüler*innen und Pädagog*innen. Der unterstützende und massiv entlastende Effekt wurde von allen Beteiligten im Rahmen einer wissenschaftlichen Projektevaluierung betont und nachgewiesen. Im Besonderen hervorgehoben wurde die Zunahme des „subjektiven Sicherheitsgefühls“ an den Schulstandorten mit dem Einsatz einer School Nurse.

Kerntätigkeiten der School Nurses:

- Die Begleitung von Klassenfahrten, um die Teilhabe von Schüler*innen mit einer chronischen Erkrankung zu ermöglichen und um auch die Pädagog*innen zu entlasten. Für die Gruppenzugehörigkeit ist das unverzichtbar.
- Die Durchführung von Reihenuntersuchungen und die Planung der Impfaktionen in Zusammenarbeit mit den Schulärzt*innen.
- Die Durchführung von Workshops zu den Themen „bewegte Pause“, „gesunde Jause“, „mentale Gesundheit“ etc. Ein wichtiger Aspekt der Prävention!
- Individuelle Schmerz-, Diabetes-, Gewaltschutz- und Adipositasberatung mit allen Zielgruppen inklusive der Weitervermittlung an Stakeholder*innen.

Aufgrund der überzeugenden Ergebnisse und der bestätigten Kennzahlen erfolgt ab dem Schuljahr 2025/2026 zunächst eine Ausrollung an 27 Schulstandorten mit 40 School Nurses. Im Sinne der Inklusion, Frühförderung und einer Entlastung der Kolleg*innen in den ersten Bildungseinrichtungen wäre der Einsatz von School Nurses in Zukunft auch im Kindergarten sinnvoll und wünschenswert. ○

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Herzliche Urlaubskrise

Wie die Erwartungsfalle Menschen unbewusst unter Druck setzt: Je unzufriedener wir im Alltag sind, umso höher sind die Erwartungen an den Urlaub.



Astrid Schlesier
Klinische Psychologin der
MA 11, DA 106 – Jugend,
Bildung, Integration,
Stadtsservice, Sport,
Kommunikation und
Frauenservice



Zufriedenheit ist wie ein Muskel, der durch wiederholtes Aktivieren wächst.

Wie war der Urlaub? Man stellt die Frage, obwohl man die Antwort schon kennt. Schließlich hat die Kollegin jeden Tag Fotos vom weißen Strand und türkisen Meer gepostet. Dazu sich und ihren Mann, braungebrannt mit Cocktail in der Hand, beide strahlend in die Kamera lächelnd. Der Urlaub war ja so entspannend, das Hotel ein Traum. Man hätte ruhig noch länger bleiben können. Und wie war's bei dir? Hm ... Soll man jetzt zugeben, dass man auf der Autobahn im Stau gestanden ist und der erste Streit mit dem Partner gleich beim Wegfahren anfang, weil man es nicht geschafft hat, früh genug loszustraten? Der Strand

überlaufen und das Meer dreckig war? Die Kinder nur am Handy gehangen sind? Und man sich fragt, ob es den Aufwand und die Kosten wert ist. So ist man alle Jahre wieder in derselben Ambivalenz gefangen. Wir wollen eine schöne Reise, sie soll etwas Besonderes sein, an das man sich noch lange gerne erinnert!

Und dabei tappen wir nur allzu leicht in die Erwartungsfalle: Je unzufriedener wir im Alltag sind, umso höher sind die Ansprüche an den Urlaub. Der soll uns dann das geben, wovon wir die restlichen Wochen im Jahr zu wenig haben: Freude,

Leichtigkeit, eine schöne Zeit mit der Familie. Doch je höher die Erwartung, umso größer die mögliche Enttäuschung. Dazu kommt der ständige Vergleich mit anderen über Social Media. So setzen wir uns selbst (und oft auch unsere Familienmitglieder) unbewusst unter Druck, anstatt den Urlaub da zu beginnen, wo er eigentlich anfängt – im Kopf.

Die aktuelle Hirnforschung zur Behandlung von Depressionen hat nämlich etwas Wichtiges herausgefunden: Es sind nicht die Medikamente per se, die die Stimmung verbessern. Sie helfen uns, den Filter im Kopf umzustellen, damit die guten Dinge in unserem Leben wieder in unser Bewusstsein gelangen können. Denn die hat das Hirn quasi ausgeblendet. Zufriedenheit ist also wie ein Muskel, der durch wiederholtes Aktivieren wächst. Und so kann man der Kollegin antworten, dass man endlich wieder ein gutes Buch zu Ende gelesen, lang geschlafen und sich einen schönen Sonnenuntergang angeschaut hat. Dass man das sehr genossen hat. Und wenn alle Stricke reißen, gibt's für den nächsten Urlaub noch einen Trick: Machen Sie sich den Rezenzeffekt zunutze, indem Sie am letzten Tag bewusst etwas Schönes machen. Da in unserer Erinnerung besonders die Dinge präsent bleiben, die am Ende passieren, bewerten wir dadurch den Urlaub insgesamt als positiver. ◊

astrid.schlesier@wien.gv.at

„Wählen statt sudern“

Die Wahl ist g'laufen, der Wiener Weg bestätigt – und trotzdem bleibt ein schaler Beigeschmack: Demokratie funktioniert nicht von allein. Zum Glück wissen viele, dass man nicht alles schlechtreden sollte, was in Wien eh schon ziemlich gut rennt.

Wahlen sind kein Selbstläufer. Demokratie lebt vom Mitmachen – nicht vom Granteln am Würstelstand. Der Wahltag ist vorbei, die Ergebnisse sind da – und trotzdem bleibt eine Frage offen: Warum sind wir oft so politikmüde in einer Zeit, in der eigentlich alles auf der Kippe steht?

Wien hat gewählt. Und ja – irgendwer gewinnt am Ende immer. Ein Kreuzerl ist schnell gemacht. Aber was bleibt, ist ein schaler Beigeschmack. Was war los mit der Beteiligung? Immer weniger Menschen gehen wählen, obwohl die Probleme immer mehr werden.

Klar, es ist gemütlicher, bei einem Bier zu sagen: „Bringt eh nix.“ – Aber genau das ist das Problem. Demokratie lebt nicht vom Zuschauen. Und schon gar nicht vom Sudern. Sie lebt davon, dass man sich einmischt. Denn sonst ... machen sie wirklich, was sie wollen. Und das ist dann nicht mehr nur ein Spruch.

Demokratie kein Lieferservice

Die Wahrheit ist: Die meisten reden lieber darüber, wie kaputt das System ist, statt sich selbst einzubringen. Aber Demokratie ist kein Lieferservice. Wenn man nicht mitredet, wenn man nicht wählt, wenn man nicht laut ist, darf man sich nicht wundern, wenn Entscheidungen ohne einen – oder gegen einen – getroffen werden.

Wien steht im Vergleich gut da: leistbare Mieten, öffentlicher Verkehr, Sozialleistungen. Aber das ist nicht vom Himmel gefallen. Das wurde erkämpft. Von Menschen, die sich reingehängt haben – für viele, nicht nur für ein paar wenige.

Und trotzdem wächst die Unzufriedenheit. Weil viele das Gefühl haben, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird. Und dass viele Politiker*innen nichts mehr mit dem echten Leben zu tun haben. Und ja – da ist was dran. Aber dann ist Rückzug keine Lösung. Sondern Einmischen. Laut sein. Dranbleiben.



Wenn heute Personen glauben, Politik gehe sie nichts an, dann dürfen sie sich morgen nicht wundern, wenn Politik nichts mehr mit ihnen zu tun hat.

Falsch wählen gibt es nicht

Wählen heißt nicht, eine Partei zu feiern wie einen Fußballklub. Aber wer seine Stimme nicht nutzt, hinterlässt eine Lücke – und Lücken regieren nicht. Sie verändern auch nichts.

Das Problem ist nicht, dass jemand falsch wählt. Das Problem entsteht, wenn viele glauben, dass es ohnehin egal ist. Genau so stirbt Demokratie: nicht mit einem Knall, sondern mit einem Schulterzucken.

Also: Beim nächsten Mal – hingehen. Wählen. Mitreden. Es geht um mehr als Politik. Es geht um Haltung. Um die Frage, ob wir uns die Welt erklären lassen oder sie selbst gestalten. Demokratie ist kein Geschenk. Sie ist ein Werkzeug. Aber das funktioniert nur, wenn man es auch in die Hand nimmt. ○



Phillip Böcskör
Jugendvorsitzender
der HG 1

phillip.boecscoer@wien.gv.at



Kühlende Ideen für den Sommer

Wien bereitet sich auf die Herausforderungen der Klimakrise und Hitzesommer vor: Besonders heiße Gebiete, sogenannte Hitzeinseln, werden zur Abkühlung begrünt. Für die Bevölkerung gibt es Informationen zum Umgang mit der Hitze.



Andreas Januskovecz
Bereichsleiter für
Klimaangelegenheiten

Die Klimakrise bringt mit sich, dass die durchschnittliche Zahl der Hitzetage steigt. Das macht vielen Menschen zu schaffen. Mit einem jährlich aktualisierten Hitzeaktionsplan setzt die Stadt Sommer für Sommer konkrete Schwerpunkte im Kampf gegen die steigenden Temperaturen.

Während der Hitzewellen stehen zum Beispiel sogenannte „Coole Zonen“, konsumfreie Räume mit angenehmen Temperaturen, zum

Abkühlen zur Verfügung. Der Wiener Hitze- ratgeber gibt Tipps zum Verhalten an heißen Tagen. „Auf der Klima-Website der Stadt finden Sie Veranstaltungen und Projekte, die den Umgang mit der Hitze thematisieren und zum Aktivwerden im eigenen Grätzl anregen“, erklärt Andreas Januskovecz, Wiens Bereichs- leiter für Klimaangelegenheiten. So können Bewohner*innen zum Beispiel ihre Ideen zu Grätzloasen einreichen, um Projekte für be- grünte, beschattete Aufenthaltsorte im Freien umzusetzen.

Beim „Klimawalk“ (Angebot des Technischen Museums) erkunden kleine Teams mit dem Smartphone die Stadt und erfahren, wie die Klimakrise Wien verändert. Die „Mission Kli- maheld*innen“ ist eine spannende Rätselralley durch Favoriten mittels einer App. Informa- tionen über noch mehr Veranstaltungen und Möglichkeiten zur Abkühlung gibt es online.

Mehr Pflanzen gegen die Hitze

In dicht bebauten Gebieten, die sich beson- ders stark aufheizen, schafft Wien langfristig Wohlfühloasen durch Umgestaltung des Stra- ßenraums und Pflanzung von Bäumen. Auch auf begrünte Gebäude setzt die Stadt.

„Schatten und Wasserverdunstung durch Pflanzen bringen Kühlung und darüber hin- aus auch noch Trittsteinbiotope für Biodiver- sität mitten in der Großstadt. Deshalb stellt die Stadt Wien – Umweltschutz für die Begrünung von Fassaden und Dächern sowie die Ent- siegelung und Begrünung von Innenhöfen klimawirksame Förderungen sowie kostenlose Erstberatungen zur Verfügung“, sagt der Ab- teilungsleiter der Wiener Umweltschutzabtei- lung (MA 22), Michael Kienesberger. 

post@klima2040.wien.gv.at



WEITERE INFORMATIONEN

Klima-Website der Stadt Wien
www.wien.gv.at/klima

Veranstaltungen und Workshops rund ums Klima
www.wien.gv.at/umwelt/klima-campus

Wiener Hitze- ratgeber
www.wien.gv.at/spezial/hitzeratgeber

Wiener Hitzeaktionsplan
www.wien.gv.at/spezial/hitzeaktionsplan

Kostenlose Erstberatung zur Gebäudebegrünung in Wien
www.umweltberatung.at/beratung-gebäudebegrünung

Coole Zonen (in den Sommermonaten) und Trink- brunnen im interaktiven Stadtplan der Stadt Wien
www.wien.gv.at/stadtplan

Europa in der Wohnkrise: Soziales Grundrecht unter Druck

Die Wohnungsnot in Europa spitzt sich weiter zu und offenbart strukturelle Defizite. Während Mieten und Immobilienpreise steigen, stagnieren die Einkommen. Besonders betroffen: Geringverdienende, Alleinerziehende und junge Menschen.



Thomas Kattnig
Mitglied des
Bundespräsidiums der
younion_Die Daseins-
gewerkschaft,
Mitglied im Europäischen
Wirtschafts- und
Sozialausschuss

Zwischen 2015 und 2023 stiegen die Wohnkosten in den Mitgliedstaaten um 48,1 Prozent, während die Reallöhne nur um 1,6 Prozent zunahmen. Fast 50 Millionen EU-Bürger*innen zahlen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen. Ursachen sind die Finanzialisierung des Wohnraums, Privatisierungen, steigende Bodenpreise und die Sparpolitik nach 2008.

Auch in Österreich zeigt sich diese Dynamik. Trotz eines starken gemeinnützigen Wohnbausektors stößt das österreichische Modell zunehmend an seine Grenzen. Das seitens der SPÖ erwirkte Einfrieren von Mieten ist ein erster Schritt, weitere Maßnahmen sollen folgen.

Wohnbau ist in der EU nationale Aufgabe, doch Wettbewerbs- und Beihilferecht setzen einen europaweiten Rahmen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) fordert Rahmenbedingungen, die eine europäische Gesamtstrategie unterstützen, statt punktueller Krisenreaktionen.

Mehr öffentliche und private Investitionen

Ein EU-weites Wohnregister zu Leerständen, Preisen und Eigentumsverhältnissen soll gezielte Maßnahmen ermöglichen. Wien ist hier Vorreiterin mit einem eigenen Leerstandsregister und Regulierungen für Plattformen wie Airbnb.

Doch Analyse reicht nicht. Es braucht massive öffentliche Investitionen in sozialen und gemeinnützigen Wohnbau sowie eine Ausnahme dieser Investitionen von den EU-Schuldenregeln. Öffentliche Mittel müssen langfristig und planbar in leistbare Wohnprojekte fließen. Auch private Investitionen in diese Sektoren sind stärker anzureizen. Österreichs lange Tradition gemeinnütziger Bauträger bietet ein Modell für das übrige Europa.

Zusätzlich braucht es neue Finanzierungsmodelle. Die Europäische Investitionsbank (EIB) sollte

zinsfreie Darlehen an gemeinnützige Träger, Genossenschaften und Kommunen vergeben. Der Zugang zu bestehenden EU-Förderprogrammen muss erleichtert und auf den Wohnbau ausgeweitet werden.

Wohnen ist ein Grundrecht. Der EWSA fordert, dieses explizit im EU-Primärrecht zu verankern. Erfolgreiche Ansätze wie „Housing First“, das obdachlosen Menschen Wohnraum ohne Vorbedingungen bietet, sollen auf ganz Europa ausgeweitet werden. In Österreich wird dieses Modell bereits erfolgreich umgesetzt – etwa in Wien und Graz.

Wohnen wieder bezahlbar machen

Die europäische Wohnkrise verlangt einen Paradigmenwechsel: von Reparaturmaßnahmen hin zu langfristiger sozialer Wohnpolitik. Leistbarer Wohnraum muss wieder als öffentliche Aufgabe und Teil des sozialen Zusammenhalts verstanden werden. Österreich kann hierbei eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen. ◉

thomas.kattnig@younion.at

Öffentliche Investitionen in sozialen Wohnbau müssen EU-weit gestärkt und von Schuldenregeln ausgenommen werden. Österreichs gemeinnütziger Wohnbau kann dabei als Vorbild für Europa dienen.





Österreich stärkt den HPV-Schutz – ein Sonderprogramm soll die niedrige Durchimpftrate erhöhen, empfohlen für alle ab neun Jahren.

Krebsvorsorge durch HPV-Impfung für Frauen und Männer

Nur noch bis Ende 2025 gibt es die Impfung kostenfrei für alle zwischen neun und 30 Jahren.



Prim. Dr. Dieter Kölle, MSc
Leiter Fachbereich
Gynäkologie,
Facharzt für Gynäkologie
und Geburtshilfe

Jede fünfte Krebserkrankung weltweit wird von Infektionen verursacht. Im Bereich der Gynäkologie sind vor allem die humanen Papillomaviren (HPV) von besonderer Bedeutung. Bis zu 80 Prozent aller Ungeimpften stecken sich im Laufe ihres Lebens an. Von den mehr als 200 bekannten Typen führen einige zu Feigwarzen, andere können über Vorstufen zu Krebs führen.

Neben Gebärmutterhalskrebs können HP-Viren auch zu Scheiden-, Vulva- und zu Penis- oder Analkrebs führen. Weniger bekannt ist, dass viele Fälle von Kehlkopf- und Rachenkrebs ebenfalls durch HPV bedingt sind.

Effektiver Schutz gegen Infektion

Die Übertragung erfolgt meist durch sexuelle Kontakte, kann aber auch durch einfachen Hautkontakt stattfinden. Kondome schützen nur

teilweise, sind aber grundsätzlich zu empfehlen. Die HPV-Typen 6 und 11 sind für 90 Prozent aller Genitalwarzen (Kondylome) verantwortlich. Die konsequente HPV-Durchimpfung konnte in Australien Kondylome fast ausrotten.

Sogenannte High-Risk-Typen von HP-Viren bergen ein hohes Risiko für die Entwicklung von Krebsvorstufen und Krebs. Einige HPV-Typen wie z. B. Typ 16 und 18 wurden in rund 90 Prozent der Gebärmutterhalskrebsfälle nachgewiesen.

Schutz kann die HPV-Impfung bieten, welche idealerweise bereits vor dem ersten Geschlechtsverkehr durchgeführt wird (Risikoreduktion um 90 Prozent). Das Ziel der WHO ist, dass 90 Prozent aller Mädchen unter 15 Jahren bis 2030 gegen HPV geimpft sind.

Impfung auch für Jungen und Männer wichtig

Österreich hat ein gutes Impfprogramm gegen HPV etabliert, indem es nicht nur Mädchen und Frauen, sondern auch Jungen und Männern ab neun Jahren die Impfung empfiehlt. Da bisher die Durchimpftrate noch zu gering ist, wurde ein Sonderprogramm ins Leben gerufen. Noch bis Ende 2025 ist es für alle vom 9. bis zum 30. Geburtstag kostenfrei möglich, die HPV-Impfung zu erhalten. Der Impfstoff wurde mehr als 350 Millionen Mal weltweit verabreicht und ist sehr sicher.

Jährlicher PAP-Abstrich bleibt wichtig

Unabhängig von der HPV-Impfung sollte jährlich ein PAP-Abstrich zur Gebärmutterhalskrebsvorsorge durchgeführt werden – zum Beispiel in der gynäkologischen Ambulanz des Sanatoriums Hera im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung. Bei einer nachgewiesenen HPV-Infektion erfolgt in der gynäkologischen Ambulanz eine weiterführende Abklärung. Diese umfasst eine Kolposkopie (Untersuchung mit einem Auflichtmikroskop) sowie die Entnahme von Gewebeproben (Biopsie). Falls erforderlich, kann im Anschluss eine therapeutische Maßnahme, wie beispielsweise eine Konisation, auch im stationären Rahmen durchgeführt werden. ○

ANMELDUNG

- Online beim Impfservice Wien:
<https://impfservice.wien>
- Telefonisch über **1450**



Sanatorium HERA

Löblichgasse 14, 1090 Wien

Telefonische Anmeldung unter:

01/31 350 454 44

www.sanatoriumhera.at



Programm 50+ Fit: Gesund und aktiv in Alltag und Beruf

Mehr als ein Drittel der Mitarbeiter*innen im Magistrat der Stadt Wien ist über 50 Jahre alt – eine Altersgruppe, die über wertvolles Wissen und langjährige Erfahrung verfügt. Genau hier setzt das Programm „50+ Fit“ an, das vom Arbeitsmedizinischen Zentrum (AMZ) der KFA Wien ins Leben gerufen wurde.



AMZ der KFA Wien
Hermannsgasse 24-26,
1070 Wien
T: +43 1/40 00-456 93,
office@amz-kfawien.at
www.amz-kfawien.at

Mit fortschreitendem Alter verändern sich Körper und Psyche. Häufig treten Beschwerden im Bewegungsapparat, hormonelle Veränderungen oder ein nachlassendes allgemeines Wohlbefinden auf. Diese Faktoren können sich auf die Motivation und Leistungsfähigkeit auswirken.

Das neue Programm des AMZ „50+ Fit“ greift diese Themen auf und schafft mit einem praxisnahen Ansatz Raum für Information, Austausch und persönliche Weiterentwicklung.

Das Ziel: Beschäftigte ab 50 dabei zu unterstützen, gesund, leistungsfähig und motiviert zu bleiben – sowohl im Beruf als auch im Alltag.

Vier Module – ein ganzheitlicher Ansatz

Das Angebot ist in vier interdisziplinäre Module gegliedert, die über das Jahr verteilt angeboten werden – jeweils eines pro Quartal.

Jedes Modul besteht aus einem interaktiven Kernworkshop sowie vertiefenden

Trainings- und Beratungseinheiten. Die Schwerpunkte reichen von Gedächtnisleistung über Gelenke und Bewegung, Hormone und Stoffwechsel bis hin zu Krebserkrankungen und deren Prävention.

Neben fundierter Wissensvermittlung steht vor allem der Austausch mit Fachexpert*innen im Mittelpunkt. Die Teilnehmer*innen erhalten alltagstaugliche Übungen, Tipps und Strategien, um ihre Gesundheit aktiv mitzugestalten.

Die Workshops werden vor Ort durchgeführt, mit der Möglichkeit zur Online-Teilnahme. Die Angebote des AMZ sind für die Stadt-Wien-Mitarbeiter*innen sowie für Dienststellen des Kernmagistrats kostenlos.

Infos zu Starterterminen im Intrexx

Details zum 50+-Programm sind im Mitarbeiter-Portal Intrexx verfügbar (aufrufbar über Intranet der Stadt Wien) sowie im kommenden Newsletter für Betriebliche Gesundheitsförderung. 



Mit neuer Photovoltaikanlage, E-Ladestationen und erweiterten Sportangeboten wird das Vereinsgelände umweltfreundlicher und noch besser für Besucher*innen nutzbar.

Padeltennis und Volleyball spielen – auch im Finstern

Im Prater im zweiten Wiener Gemeindebezirk trifft Bewegung auf Umweltbewusstsein – dank Solarstrom auch abends.

Die Kultur- und Sportvereinigung der Wiener Gemeindebediensteten in der Rustenschacherallee 3–5 in 1020 Wien zeigt dieses Jahr eindrucksvoll, wie Sport und Umweltbewusstsein miteinander verbunden werden können: mit einer neuen Photovoltaikanlage, weiteren Padeltennis-courts, neuen E-Ladestationen sowie erweiterten Nutzungszeiten für vier Outdoor-Tennisplätze und den Beachvolleyballplatz.

Die Photovoltaikanlage auf dem Tennishallendach mit einer Leistung von 146 kWp ist besonders erwähnenswert. Diese umweltfreundliche Energiequelle trägt maßgeblich dazu bei, die Energiekosten der Sportanlage langfristig erheblich zu senken. Sie leistet einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion des ökologischen Fußabdrucks. Damit will der Verein auch die Stadt Wien in ihrem Ziel, bis 2040 die Stadt klimaneutral zu machen, unterstützen.

Zudem wurden drei neue E-Ladestationen von Wien Energie installiert, die den steigenden Bedarf durch nachhaltige Mobilität direkt am Vereinsgelände decken. So können Mitglieder und

Besucher*innen bequem ihre E-Autos aufladen – ein weiterer Schritt in Richtung umweltfreundlicher Infrastruktur.

Sportlich erweitert wurde das Angebot durch zwei moderne Padeltennis courts, die dank attraktiver Preise sowohl Vereinsmitgliedern als auch neuen Sportinteressierten zugutekommen. Padel erfreut sich wachsender Beliebtheit und ergänzt das vielfältige Sportprogramm unseres Vereins.

Für Tennis- und Beachvolleyballfans gibt es ebenfalls gute Neuigkeiten: Vier der insgesamt zehn Outdoor-Tennisplätze sowie der Beachvolleyballplatz sind nun mit Flutlicht ausgestattet und können täglich bis 22:00 Uhr genutzt werden. Dies ermöglicht auch nach Einbruch der Dunkelheit flexible Trainings- und Spielzeiten, was für große Nachfrage sorgt.

Die Buchung aller Sportplätze erfolgt bequem über das Online-Portal Eversports, das eine einfache Terminvergabe garantiert und den Zugang zum Sport erleichtert.

Weitere Informationen sind auf der Website unter ksv-wien.at zu finden. Ein Besuch lohnt sich – für alle, die Sport, Gemeinschaft und Nachhaltigkeit schätzen. 

sentall@ksv-wien.at



Martin Sentall
Geschäftsführer
Kultur- und Sport-
vereinigung der Wiener
Gemeindebediensteten

Personelles

DIⁱⁿ Petra Wagner

Neue Dienststellenleiterin für Wiens Forst- und Landwirtschaftsbetrieb

Seit Ende Mai steht Petra Wagner, bisher stellvertretende Leiterin, an der Spitze der MA 49 – Forst- und Landwirtschaftsbetrieb. Wagner ist seit 2004 im Land- und Forstwirtschaftsbetrieb tätig. Seit 2022 fungiert sie darüber hinaus als Geschäftsführerin des Vereins „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Entwicklungsräume“. ◯



Ing. Karl Hawliczek

Nachrücken bei der MA 42

Mit Juli übernimmt Karl Hawliczek die Leitung der Wiener Stadtgärten (MA 42). Er tritt die Nachfolge von Rainer Weisgram an, der nach 20 Jahren an der Spitze der Magistratsabteilung in den Ruhestand geht. Hawliczek fand schon bald nach der Matura zu den Wiener Stadtgärten, wo er 1995 als Saisontechniker einstieg. Nach diversen Posten in Gartenbezirksleitungen sowie den Abteilungen Planung und Neubau leitete er seit 2016 die Abteilung für Grünflächenpflege und -erhaltung, die größte Organisationseinheit der Wiener Stadtgärten. ◯

Mag. Georg Hufgard-Leitner

Neuer Leiter MA 62 – Vom Hafen zur Abteilung Wahlen

Seit Anfang Juni hat Georg Hufgard-Leitner die Leitung der Abteilung Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (MA 62) der Stadt Wien inne. Er folgt damit Christine Bachofner nach, die mit Ende Februar 2025 nach 40 Jahren im Dienst der Stadt Wien – davon 23 Jahre als Abteilungsleiterin der MA 62 – in den Ruhestand trat (siehe auch Interview Seite 4). Der Jurist war ab 2018 beim Hafen Wien für Personal & IMS zuständig, bevor er 2020 die Leitung der Abteilung Einwanderung und Staatsbürgerschaft (MA 35) übernahm. ◯



Mag. Christoph Hanreich

Personalwesen mit neuer Gruppenleitung

Christoph Hanreich ist seit Mai neuer Leiter der Gruppe Personalwesen und Förderungen in der Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Personal und Revision. In dieser Gruppe hatte er zuvor das Dezernat Ressourcenmanagement geleitet. Der Jurist ist seit 2011 im Dienst der Stadt Wien. Über diverse Magistratische Bezirksämter kam er 2012 in die MA 2 – Personalservice, wo er zehn Jahre lang u. a. als Referatsleiter Allgemeine Rechtsangelegenheiten tätig war. ◯

Wer bezahlt?

80 % der Steuern bezahlen
Arbeitnehmer*innen,
Pensionist*innen und
Konsument*innen.

Quelle: Einzelsteuerliste 2024,
Statistik Austria,
Berechnungen ÖGB

58,15 %
Arbeit

21,6 %
Konsum

4,36 %
Umwelt/Verbrauch

0,04 %
Sonstige Abgaben

14,64 %
**Unternehmen,
Kapital**

1,21 %
Vermögen

ECHT GUT!



ECHT BÖSE!

„Wir haben keine Lohn-Preis-Spirale, sondern eine Preis-Lohn-Spirale.“

Michael Ludwig, NEWS 23. April 2025



„Das ist gut für unsere Stadt und das ist gut für alle Menschen in unserer Stadt.“

AK-Wien-Präsidentin Renate Anderl über das Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahl. OTS 1. Mai 2025



„In Wien ist feministische Politik spürbar.“

SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Ruth Manninger. OTS, 28. April 2025



„Der Rückzug Trumps aus der Klimapolitik darf aber keinesfalls als Ausrede gelten, damit andere Länder ebenso ihre Klimaschutzmaßnahmen abschwächen.“

Jasmin Duregger, Klima- und Energieexpertin bei Greenpeace. Tageszeitung Österreich. OTS 29. April 2025



„Wir können gerne Richtung 70 gehen.“

Georg Knill, Unternehmer und Präsident der Industriellenvereinigung, zum Thema Pensionsantrittsalter in Österreich. ZiB 2, 4. Juni 2025



Barbara Blaha MEIN STANDPUNKT

Das leistungsfeindliche Steuersystem

Wer viel hat, soll seinen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. So die Idee hinter unserem Steuersystem. Doch Extremreiche entziehen sich diesem Prinzip. Unser Steuerkuchen ist so gebaut: Von 100 Steuer-Euros kommen rund 80 aus Arbeit und Konsum. Nur 10 Prozent kommen aus Gewinnsteuern der großen Unternehmen und aus der Besteuerung von Vermögen.

Den Steuerkuchen backen die Arbeitnehmer*innen also mit ihren Löhnen. Die bringen die Milch, den Zucker, die Butter, das Mehl. Eine Prise Salz sind dann die Unternehmenssteuern. Und von den Reichsten der Reichen bekommen wir in Wirklichkeit nur einen warmen Händedruck. Denn ihre Einkünfte bestehen kaum aus Arbeitseinkommen.

Und weil diese Schieflage selbst im Vergleich mit anderen Ländern eklatant ist, sagen sogar der Internationale Währungsfonds und die OECD: „Bringt das in eine bessere Balance!“ Vermögenssteuern sind hier ein zentraler Hebel. Selbst wenn die Regierung nur das bisschen politischen Mut schöpfen würde, lediglich die allerreichsten zehn Vermögenden im Land zu besteuern, bedeutet das schon 5,5 Milliarden Euro für die Staatskasse. Und wer so richtig reich ist, hat in den meisten Fällen geerbt. Also sind auch Erbschaftssteuern ein ganz wesentlicher Faktor. Nicht zuletzt, weil dieser Steuer-Freifahrtschein leistungsfeindlich ist. Von jedem Pfleger und jeder Elementarpädagogin wird fast jeder Cent besteuert, den sie sich mühsam erarbeiten. Aber der Millionenerbe kriegt ein leistungsloses Einkommen, für das er nicht einmal aufzustehen braucht.

Leistung muss sich lohnen. Wir müssen dafür aber korrigieren, was „Leistung“ überhaupt ist und wie sie sich lohnt. o



Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.

WAS VIELE NICHT WISSEN ...

Unbekannte Aufgaben der MA 40

In den Medien ist im Zusammenhang mit der MA 40 immer die Rede von der Wiener Mindestsicherung. Dabei können und leisten wir viel mehr.

Unsere Kolleg*innen vom Gesundheitsrecht befassen sich mit Betriebs- und Änderungsbewilligungen von Krankenanstalten und Apotheken. Bei Missständen können diese Bewilligungen von der MA 40 entzogen werden.

Eine besonders wichtige Aufgabe in schweren Momenten: Wir fungieren auch als Aufsichtsbehörde über das Bestattungswesen in Wien. Sollten Bürger*innen Urnen zu Hause aufbewahren oder private Begräbnisstätten haben wollen, so wird dies von uns abgehandelt.

Die Fachgruppe Sozialrecht bietet Unterstützung z. B. bei der Beratung von Stiftungen sowie der Vertretung der Interessen des Landes Wien im Bereich der Betreuung älterer Menschen. Um die bestmögliche Betreuung für förderbedürftige Bürger*innen unserer Stadt sicherzustellen, ist die Gruppe Heimaufsicht die Aufsichtsbehörde für Einrichtungen wie Wohn- und Pflegeheime, Häuser für Obdachlose etc.

Zudem trägt unsere Abteilung zur freien Entscheidung über Schwangerschaftsabbrüche bei, indem sie die Kosten bei finanzieller Notlage übernimmt. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen Körper. 

julija.helfer@wien.gv.at



Die MA 40 bietet Unterstützung zur freien Entscheidung über Schwangerschaftsabbrüche und berät bei der Betreuung älterer Menschen. Zudem wird die Aufbewahrung von Urnen zu Hause von der MA 40 abgehandelt.



© Adobe Stock / Kazem
© Adobe Stock / AnnaStills | © Adobe Stock / jenfphoto

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

teamwork

Nr. 2/2025

youunion – HG 1
Modecenterstraße 14
Block C, 5. Stock
1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S